

Mitschnitt der Gesprächsrunden des 1. Integrationsfachtags des NTI

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte sie ganz herzlich als Sprecher des Netzwerkes „Toleranz und Integration“ hier in Seelow zum 1. Integrationsfachtag für Märkisch-Oderland begrüßen und freue mich, dass sie so zahlreich hier erschienen sind. Ihr großes Interesse an diesem Fachtag gibt mir auch die Gewissheit, dass wir unser wesentlichstes Ziel für heute, das Thema Integration, stärker ins öffentliche Bewußtsein zu heben, auch erreichen werden. Ein besonderer Gruß liegt uns vom Landrat vor, der heute leider nicht teilnehmen kann, aber dazu wird uns Frau Huhn jetzt noch ein bißchen mehr sagen.

Frau Huhn:

Ich darf ihnen jetzt das Grußwort des Landrates verlesen, er ist heute außer Haus zu einer Dienstberatung:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße ausdrücklich, dass sich das Netzwerk für Toleranz und Integration mit dem Thema „Integration und Toleranz“ mit einer ganztägigen Fachtagung beschäftigt. Es ist unbestreitbar notwendig, dieses Thema stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen. Wer sich intensiv mit dieser Fragestellung auseinander gesetzt hat, weiß, wieviel **Fasetten** zu beachten sind.

Grundsätzlich ist jede Verwaltung dem Gesetz verpflichtet. Gesetze sind allgemein verpflichtend und lassen für die handelnden Körperschaften und Institutionen keine Auslegungen zu. Hier sind gesetzgeberische Aktivitäten gefragt, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen europäischen Union. Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang der finanzielle Rahmen zu berücksichtigen. Ich halte die Gesetzgebung für dringend reformbedürftig. Wenn es um Integration geht, muß ich auch darauf hinweisen, dass dies auch in unserem Interesse liegt. Es gibt in unserer Region eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Brandenburg war in der Geschichte immer Einwanderungsland. Ich erinnere an Hugenotten, holländische Bauern, an Böhmen, Russen oder wiener Juden. Aus Ausländer sind längst Inländer geworden. Die brandenburger Gesellschaft hat dadurch gewonnen. Wir brauchen ein neues Einwanderungsgesetz, ein neues Staatsbürgerrecht. Dies wäre ein Schritt, unsere Gesellschaft, fairer, gerechter und toleranter zu gestalten. Wenn es um Toleranz geht, halte ich allerdings auch eine viel zu häufig zu erkennende Einstellung von Teilen unserer Bevölkerung für reformbedürftig. Toleranz drückt sich nicht im Geldwert aus. Toleranz drückt sich im mitmenschlichen Verhalten aus und da gibt es Nachholbedarf. Für jeden Bürger ist bereits heute im täglichen Leben feststellbar, dass Europa offener geworden ist, dass grenzüberschreitende Kontakte Normalität sind, dass wir in Europa praktisch Alle zum Nachbarn werden. Ich hoffe, dass wir alle notwendigen Schlußfolgerungen gerade aus der deutschen Geschichte gezogen haben und wir fähig sind, die Zielstellung dieser heutigen Fachtagung erfolgreich zu verfolgen.

Ihr Landrat Jürgen Reinking.

Sprecher: Guido Henning

Danke für die doch teilweise inhaltlichen Anregungen und auch guten Wünsche für unseren heutigen Tag. Bei der Gelegenheit möchte ich auch schon mal den zahlreichen Helfern danken, diesen Tag innerhalb von knapp 6 Wochen zu ermöglichen. Hier seien insbesondere Raik Kokoschkow und Robbin Kennen vom mobilen Beratungsteam, Herr Sauer vom Landesprojekt zur Einrichtung kommunaler Integrationsstrukturen sowie Kerstin Dickhoff als Koordinatorin des Netzwerkes für Toleranz und Integration genannt. An der Stelle möchte

ich noch sagen, für alle, die mich noch nicht kennen, ich bin Guido Henning, Sprecher des Netzwerkes für Toleranz und Integration und heute für Sie der Wegweiser durch den heutigen Tag. Ich werde diese Fachtagung organisatorisch begleiten. Wir haben hier noch einige organisatorische Dinge für Sie zu benennen, die von Bedeutung sind. Wir werden eine Dokumentation zu dem heutigen Tag erstellen und aus diesem Grund haben wir uns dazu entschieden, diese Vormittagsdiskussion komplett aufzuzeichnen. Dies möchte ich als Information bekannt geben. Wenn jemand etwas dagegen hat, müßte er dies jetzt unmittelbar sagen. Ich bitte auch die Handys auszuschalten, so dass wir nach Möglichkeit relativ ungestört diesen Tag fachlich intensiv diskutieren können.

Der Zeitablauf ist Ihnen im Groben durch die Einladungen bekannt. Ich werde zum jeweiligen Tagespunkt dann noch kurze Ausführungen machen.

Frau Berger: (hält Impulsreferat)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung.

Ich bin sehr gern hier her gekommen, weil ich es als einen ganz spannenden und wichtigen Prozeß im Augenblick empfinde, wie in verschiedenen Kreisen des Landes über Integration beraten wird, wie man versucht, Strukturen aufzubauen und zu gucken, was ist wichtig für die jeweilige Gegend. Alle reden von Integration. Es gibt eine Integrationskursverordnung, es soll ein Bundesintegrationsprogramm entwickelt werden, es gibt ein Landesintegrationskonzept und es gibt Integrationsfachtage und Tagungen. Es gibt seit langem im Land Brandenburg das Projekt zur Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen, dass ja hier auch tätig geworden ist, es gibt ein Integrationsbeirat usw.. Ich könnte die Aufzählung noch eine Weile fortsetzen, aber was ist, was bedeutet eigentlich Integration. Die Antworten sind wahrscheinlich mindestens ebenso vielfältig, wie die mit Integration beginnenden zusammengesetzten Substantive, die ich eben aufgezählt habe. Die, gemeint sind dann die Ausländer, in Anführungsstrichen, die Menschen also, die nach Deutschland kommen, die müssen sich hier einordnen, sagen die Einen. Unseren Sitten anpassen sollen sie sich, dann können sie ja gerne hier leben, sagen die Anderen. Integration ist ein Prozeß, der über viele Generationen verläuft, in dem Unterschiede in den Lebensumständen von Einheimischen und Zugewanderten abnehmen, sagt das Landesintegrationskonzept und fügt dazu, dass das eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe ist. In der **Anketkommission demografischer Wandel** des Deutschen Bundestages, geht es dann ziemlich wissenschaftlich zu, da werden gleich 4 Dimensionen genannt. Da gibt es eine strukturelle, eine kulturelle, eine soziale und eine identifikatorische Integration. Um einen dynamischen, lange andauernden und sehr differenzierten Prozeß gehe es, sagt ein anderes Papier, nämlich ein Prozeß der wechselseitigen Annäherung, Auseinandersetzung, Kommunikation, Identifikation, Veränderung und Findung von Gemeinsamkeiten und Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen Zugewanderten und anwesender Mehrheitsgesellschaft. Integration ist ein Anspruch und eine Anstrengung, zu der es keine Alternative gibt. Quintessenz_ der dritten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Frau Schmalz-Jacobsen.

Am Ende einer gelungenen Integration steht die Einbürgerung, sagte die CDU im Zusammenhang ihrer Kampagne gegen eine doppelte Staatsangehörigkeit. Dagegen hält die jetzige Ausländerbeauftragte des Bundes, Marie-Luise Beck, Integration ist ein Prozeß, der nicht irgendwann abgeschlossen ist, sondern immer wieder neu gefördert werden muß. Die beste Integration schließlich hat vor nicht langer Zeit unser Bundesinnenminister gesagt, ist die Assimilation. Sind wir jetzt schlauer? Ich weiß nicht so recht, es sind viele Worte, die an uns vorbei rauschen, die sicher viel bedeutendes sagen, die aber so eigentlich auch nicht erklären, was damit gemeint ist. Mir hilft es, wenn ich solche verschiedenen Definitionen und Auslegungen eines Begriffs höre, wenn ich mal nachsehen, was das Wort eigentlich ursprünglich meint. Ich habe also ein bißchen meine alten Lateinkenntnisse herausgeholt und habe dann auch noch im Fremdwörterbuch nachgelesen und da steht,

Integration, das ist die Wiederherstellung eines Ganzen oder die Herstellung einer Einheit aus Differenziertem oder auch eine Vervollständigung. Zweitens kann es auch sein, eine Einbeziehung oder Eingliederung in ein größeres Ganzes.

Dann habe ich bei der Gelegenheit auch gleich den anderen Begriff nachgeschlagen, der immer wieder gebraucht wird, wenn es um Zuwanderung von Menschen geht, nämlich der Begriff „Assimilation“ und der wie gesagt nach Aussage des Bundesinnenministers eigentlich die vollendete Integration wäre.

Assimilation, das ist Ähnlichmachung, ganz wörtlich genommen. Ähnlichmachung, Angleichung oder Anpassung und sehr plastisch wird es, wenn dasteht: Assimilation ist z. B. auch die Angleichung eines Konsonanten an einen anderen. Also in der Entwicklung unserer Sprache hat es ja solche Dinge öfter gegeben, aus dem mittelhochdeutschen Wort „Lamb“ z. B., geschrieben L a m b wurde unser Lamm, das heißt, das B ist verschwunden, zu Gunsten eines 2. M - Assimilation.

Ich meine damit werden ziemlich deutlich, die unterschiedlichen Vorstellungen. Viele Menschen meinen, wenn sie von Integration reden, eigentlich Assimilation.

Einschmelzung der Ausländer in die deutsche Gesellschaft, in die deutsche Kultur, mit einem nachfolgenden Unsichtbarwerden. Ein Pole der hier lebt, ist ein gut getarnter Pole, so hat jemand mal die Situation polnischer Menschen hier in Brandenburg beschrieben und hat damit gemeint, dass viele Polen, und ich denke, das gilt nicht nur für sie sondern auch für Andere, besonders für Osteuropäer aus der früheren DDR-Zeit, die hier leben. Viele Polen wollen nicht auffallen, als Ausländer. Sie wollen sich möglichst wenig unterscheiden von den Anderen. Dahinter steckt eine langjährige Erfahrung, dass man sonst eben Nachteile, Diskriminierungen oder Schlimmeres zu befürchten hat. Die Ausländerbeauftragte des Landkreises Oder-Spree ist selbst polnische Staatsbürgerin und hat von ihren Erfahrungen, als sie nach Deutschland kam, öfter erzählt und sie hat gesagt, dass es für sie etwas ganz besonderes war, als sie plötzlich von dem deutsch-polnischen Verein einen Brief in polnisch bekommen hat und sich das erste mal wieder getraut hat, zu ihrem Polnischsein zu stehen und darauf angesprochen wurde. Wie oft sie gerade auch nach der Wende erleben mußte, dass sie Diskriminierungen ausgesetzt war, wegen ihrer polnischen Herkunft. Man versucht also sich weitgehend anzupassen, ähnlich oder gleich zu werden - Assimilation -. Diese aus negativen Erfahrungen geborene Haltung, läßt sich durch die Geschichte hindurch in Deutschland öfter verfolgen, etwa auch bei der jüdischen Bevölkerung, weil sie immer wieder ausgegrenzt, nicht akzeptiert und benachteiligt wurden, war es schließlich für viele deutsche Juden ein Ideal, I ein vollkommen assimiliertes Jude zu sein, was oft den Übertritt zum Christentum einschloß. Eine Namensänderung und ein aufgeben aller eigenen kulturellen und religiösen Traditionen.

Assimilation - aufgehen in der deutschen Gesellschaft und Kultur, möglichst vollständige Angleichung, so stellen sich ziemlich viele Menschen, gerade auch in den östlichen Ländern, das Zusammenleben mit Zugewanderten vor. Die müssen sich doch hier anpassen an unsere Kultur, die müssen unsere Lebensart annehmen, das höre ich sehr häufig.

Es richten sich die Erwartungen ganz eindeutig an die Zugewanderten, und zwar nur an sie und es gibt zum Anderen die Sorge, wenn zu viele von ihnen da sind, dass es eine Überfremdung der eigenen deutschen Kultur und Lebensart geben könnte. Was allerdings unter dieser deutschen Kultur und Lebensart zu verstehen ist, das ist weniger deutlich. Die Debatte über die sogenannte Leitkultur haben sie vielleicht noch ein wenig in Erinnerung, die hat das gezeigt. Wer bestimmt eigentlich die für alle verbindlichen, richtigen Inhalte deutscher Kultur? Es gibt dafür und ich sage: „Zum Glück“, keine Instanz, weder eine staatliche noch sonst irgend eine. Wer eine Integration oder eben eigentlich eine Assimilation in die deutsche Kultur fordert, müßte die Frage beantworten: „Was ist denn eigentlich ein integrierter Deutscher?“. Sind Süd- oder Norddeutsche, Katholiken oder Protestanten,

Sekularisierte und kirchlich nicht gebundene Bürger, zum Islam oder zum Buddhismus übergetretene Deutsche, Akademiker oder Bauern, jeweils das Modell für den integrierten Deutschen? So fragt Dieter Oberndörfer, ein Professor aus Freiburg, der sich viel mit diesen Fragen beschäftigt hat.

Ich denke es ist sehr einleuchtend: Zwischen einem katholischen Bayern aus Oberammergau und einem mecklenburgischen Bauern und einem Preußen aus Berlin oder wie auch immer, liegen Welten.

Kultur ist offensichtlich etwas sehr unterschiedliches. Es ist nicht einheitlich festzulegen für alle Bürger, es ändert sich auch häufig einmal, es wird individuell entschieden. Zum Glück ist das so in einem demokratischen Staat. Diejenigen von uns, die in der DDR groß geworden sind, haben das ja auch noch anders erfahren und erlebt, als es den Begriff einer sozialistischen Kultur gab, der von Partei und Staat festgelegt, einheitlich definiert und für alle als verbindlich erklärt wurde. Wir haben damals erlebt, wie diejenigen mit Sanktionen belegt wurden, die sich und die Kultur anders definierten, die sich nicht in ein Schema einfügen wollten, die dann unter Umständen Berufsverbote bekamen oder das Land verlassen mussten oder ähnliches.

Ich jedenfalls bin froh, dass ich jetzt die Freiheit habe, selbst zu entscheiden, was und welche Art von Kultur mir wichtig ist oder welcher Religion ich angehören möchte. Also, Vielfalt, Pluralismus, ist für mich ein ganz wesentliches Stichwort, das für das Leben Deutscher und Zugewanderter gelten soll. Nicht Assimilation, Angleichung bis zum unsichtbar werden, kann deshalb das höchste Ziel sein, sondern eben Integration. Herstellung einer Einheit aus Differenziertem. Eine Integration von Immigranten, ohne die Akzeptanz und also auch die Beibehaltung ihrer kulturellen Verschiedenartigkeit, ist nicht möglich.

Ein Immigrant aus Indien, China, Vietnam oder aus Mosambik kann ganz bestimmt ein guter Staatsbürger werden, aber er wird niemals zu einem katholischen Bayern oder einem schwäbischen **Pietisten** votieren. Im Artikel 3 unseres Grundgesetzes steht eigentlich sehr klar und deutlich etwas dazu: „Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Heimat und seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden“. Also, gleichberechtigte Behandlung gemäß unserer Verfassung für alle, die hier leben. Es steht da nicht: „Kein Deutscher darf wegen seiner Abstammung bevorzugt oder benachteiligt werden sondern „Niemand“, auch kein Pole, Vietnamesen oder russischer, jüdischer Zuwanderer. Das heißt dann aber umgekehrt natürlich auch, die Grenzen von Vielfalt und Gleichberechtigung sind ganz klar durch die Verfassung und ihre Normen festgelegt. Mit kultureller Gleichberechtigung meine ich, Zuwanderern wird wie Einheimischen das Recht eingeräumt, ihre eigenen kulturellen Werte und Überlieferungen innerhalb der durch unsere Verfassung, durch unsere Gesetze und Rechtsprechung festgelegten Normen selbst zu wählen.

Die Stellung der Frau z. B. ist im Grundgesetz festgelegt. Daran müssen sich dann auch diejenigen halten, deren Kultur unter Umständen andere Festlegungen hat.

Integration, so wäre dann meine 2. These, hat also als Ziel in einem demokratischen Staat, die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, mit den politischen Werten ihrer Verfassung, ihrer Rechtsordnung und ihrer politischen Institutionen. Die Voraussetzungen dafür können dann aber nur staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung und Akzeptanz sein.

Sie merken vielleicht, wie weit wir davon noch entfernt sind. Denn das hieße ja z. B. natürlich auch Wahlrecht, das hieße, nicht der gut getarnte Pole, der gar nicht mehr auffällt, ist der am besten integriertesten, sondern der, der gleichberechtigt im Beruf und im politischen Leben dabei ist, der partizipiert an unserem gesellschaftlichen Dasein. Der aber durchaus seine Muttersprache neben der deutschen Sprache pflegt, seine kulturellen und religiösen Traditionen weiter bewahrt und das auch offen zeigen kann, weil er keine Angst haben muss vor Nachteilen, sondern weil er so akzeptiert wird. Ohne Angst verschieden sein können, so hat Bundespräsident Rau das Ziel von Integration und Zusammenleben einmal beschrieben.

Integration, das ist meine 3. These, stellt also Erwartungen an Zugewanderte, z. B. in Form von Sprache lernen, als eine wichtige Voraussetzung, in Form davon, dass man Verfassung, Normen und Gesetze kennen und sich daran orientieren muss, aber stellt genauso Erwartungen an Einheimische, nämlich in der Form, dass wir die Andersartigkeit akzeptieren. Das meint der Satz: „Integration ist keine Einbahnstraße“. Soweit, so gut, höre ich nun manche sagen in der Diskussion, aber, es kann doch nicht sein, dass dann z. B. Parallelgesellschaften entstehen, dass so ist man dann sehr schnell mit Beispielen an der Hand, man in manchen Stadtvierteln von Berlin oder Frankfurt am Main oder Köln, in der Türkei zu sein glaubt, dass da kaum noch Deutsche wohnen, dass es Schulklassen gibt, in denen 80 Prozent der Kinder deutsch nicht als Muttersprache haben. Auch wenn wir in Brandenburg davon sicher weit entfernt sind bis jetzt, die Ängste davor sind durchaus vorhanden und gegenwärtig. Wenn ein Landrat z. B. in einer Diskussion sagt: „Am besten ist es, wenn wir in jedes Dorf eine Zuwandererfamilie verteilen, dann haben wir keine Konzentration, dann haben wir keine Ghettobildung, dann haben wir keine Probleme.“

Wenn in einer Stadt wie Wittstock etwa 400 Spätaussiedler leben, dann spricht man schon von sehr bedenklichen Zuständen und das Integration dann eigentlich gar nicht möglich ist. Ganz sicher meine Damen und Herren müssen die Fragen von Schulen z. B. sehr gründlich überlegt und pädagogische Konzepte dafür entwickelt werden. Es gibt aber durchaus sehr gelungene und sehr gute Beispiele auch etwa in westlichen Berliner Bezirken oder anderen westlichen Großstädten mit hohem Ausländeranteil. Ganz sicher müssen wir auch noch viel mehr Strategien für Konfliktmanagement entwickeln. Zusammenleben ist nie ohne Konflikte und das Bewältigen von Konflikten, die durch Verschiedenartigkeit oder durch verschiedene Kulturen, verschiedene Herkunft oder verschiedene Religionen entstehen, möglich. Wir müssen sehr viel mehr vom Kindergarten an lernen. Interessant finde ich immer wieder die Beobachtung, dass die Chinatowns in New York oder San Francisco ebenso wie ein amerikanisches Viertel in Paris oder Brüssel eine Touristenattraktion sind und sehr interessant gefunden werden, dass wir es völlig in Ordnung finden, dass es in Chile oder Brasilien oder in Rußland deutsche Siedlungen mit dort gepflegter deutscher Kultur gibt. Gemeinsames Wohnen von Zuwanderern, was ja dann auch Hilfe, Geborgenheit, Schutz und Beratung durch Verwandte und Bekannte mit sich bringt, führt nicht unbedingt zwangsläufig zu einem Ghetto, mit Abschottung und mit hoher Kriminalität. Was dazu führt, sind soziale Probleme, die überhaupt nicht spezifisch für Ausländersiedlungen sind. Sie treten z. B. genauso auf, wenn in einem Wohnbereich vor allem sozial benachteiligte Deutsche leben. Darauf denke ich, muss das Bildungswesen, muss die Sozialarbeit sich entsprechend einstellen und zu verhindern versuchen, dass da eine Spirale von immer mehr Benachteiligung entsteht, gleich, ob es sich um Einheimische oder Zugewanderte handelt.

Für brandenburger Verhältnisse denke ich, ist es sehr wohl daran zu überlegen, ob man nicht gut daran tut, eben nicht die Leute so vereinzelt unterzubringen, sondern auch im schulischen Bereich schaut, ob es nicht Sinn macht, Schwerpunktschulen einzurichten, wo mehrere Kinder ausländischer Herkunft gemeinsam unterrichtet werden und dann auch die Förderung, die vom Schulgesetz vorgesehen ist, wirklich effektiv umgesetzt werden kann. Wenn ich zwei Kinder in einer Schule habe, dann machen die zwei Stunden pro Woche pro Lehrer an Förderunterricht relativ wenig Sinn. Wenn es aber 10 oder auch 20 Kinder sind, kann auch eine Schule effektiv damit viel besser arbeiten. Lehrer können sich dafür qualifizieren, können dann ganz anders auf diese Belange eingehen. Das Problem, so denke ich, besteht nicht darin, dass 400 Spätaussiedler oder 200 jüdische Zuwanderer in einem Ort oder in einer Siedlung leben.

Die Probleme entstehen, wenn sie keine Arbeit haben, wenn es für die Jugendlichen keine Ausbildungschancen gibt und wenn dann dazu kommt, dass diese Jugendlichen Ablehnung erfahren, im Jugendclub oder im Sportverein ausgegrenzt und nicht akzeptiert werden, dann kommt es zu Ghettobildungen und zu Abschottungen, unter Umständen zu Kriminalität. Aber

die andere Möglichkeit, die auch immer wieder in Brandenburg praktiziert wird, ist die, dass es immer wieder zu Abwanderungen kommt. Nicht ohne Grund verläßt ein großer Teil der Aussiedler, der jüdischen Zuwanderer oder der wenigen anerkannten Flüchtlinge Brandenburg. Sie gehen in die Städte und Gegenden, in denen sie Arbeit finden und gleichzeitig ein kulturelles Umfeld, in dem sie sich wohl fühlen, wo es Freunde und Verwandte gibt. Das heißt die Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, und das ist die nächste These, die dazugehört, sind in hohem Maße nicht nur für uns selber wichtig, sondern auch für das Gelingen von Integration. Ausländische Unternehmen haben schon ein ganz Teil mehr Arbeitsplätze in Brandenburg geschaffen, als es überhaupt arbeitsberechtigte Zuwanderer bei uns gibt. Eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität der Ansiedlung weiterer Unternehmen, aber auch wissenschaftlicher Einrichtungen und ähnlichem, hierher zukommen, ist natürlich die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung. Und diese denke ich, muß von politisch Verantwortlichen eben so klar zum Ausdruck gebracht werden, wie von Verwaltungen und gesellschaftlichen Ordnungen.

Ich fasse noch einmal zusammen: Integration bedeutet staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung. Sie hat als Ziel, eine Identifikation der politischen Gemeinschaft und den politischen Werten unseres Grundgesetzes. Sie muß eine Beibehaltung und Akzeptanz kultureller Verschiedenartigkeit ermöglichen. Deshalb stellt Integration Anforderungen an Zugewanderte und Einheimische und ist ein gemeinsamer langer Prozeß, der nicht auf einige Fachleute delegiert werden kann, sondern von der gesamten Gesellschaft gestaltet werden muß. Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Sprecher: Guido Henning

Herzlichen Dank! Frau Berger steht auch jetzt noch für Rückfragen und auch zur weiteren Diskussion zu ihrem Impulsreferat zur Verfügung. Fragen können an den Mikrofonen gestellt werden. Wir haben auch noch ein Mikrofon, was durch den Raum gegeben werden kann, falls der Weg zum Mikro zu weit wird.

(keine Wortmeldungen)

Das zeugt dann davon, dass das Referat wahrscheinlich mehr Fragen beantwortet als gestellt hat und wir im Grunde genommen jetzt anders als geplant, dann schon in die vorbereitete Podiumsdiskussion gehen können.

Herr Stobner (von der regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen) meldet sich zu Wort:

Für uns stellt sich in der Praxis das Problem auch so dar, dass Zugewanderte mit ihrem Problem hierher kommen, egal ob sie als Rußlanddeutsche einen deutschen Paß haben oder ob sie als sogenannte Ausländer in unser Land kommen, ohne deutschen Paß, also als Asylbewerber oder in welcher Rechtsform auch immer.

Gibt es da jetzt schon konkretere Überlegungen, auch politisch darauf zu reagieren? Denn wir erleben ja immer noch diese Trennung, auch zum Beispiel in Förderrichtlinien oder in politischen Entscheidungen. Das Zuwanderungsgesetz wurde ja erst gestoppt, das haben wir nicht! Welche Diskussionen laufen da und was kann uns da in der Zukunft erwarten?

Frau Berger antwortet:

Ob das Zuwanderungsgesetz am 01. Januar in Kraft tritt, wissen wir in der Tat noch nicht, das hängt davon ab, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet. Es entscheidet nicht über die Inhalte, sondern nur darüber, ob es verfassungsgemäß zustande gekommen ist. Da werden wir also Mitte Dezember wissen. Die Frage ist aber gewesen: „Wird es in Zukunft eine umfassende gesetzliche Regelung von Integration für alle geben, die hier her kommen.“ – wenn ich dich richtig verstanden habe. Da muss ich ganz einfach sagen, auch das

Zuwanderungsgesetz unterscheidet weiterhin zwischen Menschen, die auf Dauer hier bleiben und Menschen, die als Flüchtlinge nur zeitweilig hier bleiben, Genauso wie das im Landesintegrationskonzept angelegt ist, dass Integration für Bleibeberechtigte gedacht ist, die Anderen, und da bin ich sehr froh, dass uns das gelungen ist, ins Landesintegrationskonzept hineinzubringen. Für die Anderen soll es durchaus um eine Integration auf Zeit, also um Verbesserung ihrer Lebensumstände, ihrer Situation, ihrer Partizipationsmöglichkeiten gehen. Darüber wird jetzt auch viel diskutiert im Land Brandenburg, aber eine Integration ist vom Gesetz her für diese Menschen nicht vorgesehen, solange sie nicht eine Anerkennung als Flüchtlinge und damit ein dauerhaftes Bleiberecht hier haben. Ich persönlich muß sagen, ich kann damit leben, wenn damit nicht verbunden ist, dass generell überhaupt nichts getan wird für Menschen, die zeitweise hier sind, obwohl sie oft jahrelang hier leben. Was wir brauchen, ist eine Regelung, eine Lösung für diejenigen, die schon viele Jahre hier leben und faktisch integriert sind, aber vom Gesetz her eben nicht integriert sind. D. h. wir brauchen noch einmal eine gründliche Altfallregelung oder so etwas ähnliches, um die vielen Geduldeten, die schon seit Jahren hier existieren, dann zu Bleibeberechtigten zu machen. Da gibt es auch verschiedene Bewegungen, die versuchen, das zu erreichen. Wenn es so ist, dass Menschen aber nur eine begrenzte Zeit hier sind, dann denke ich, kann ich es akzeptieren, dass sie nicht die gesamten Integrationsmaßnahmen erhalten müssen. Was nicht heißt, dass man nicht alles versuchen muß, um mehr Teilhabe zu ermöglichen, wie z. B. Sprachunterricht. Der wäre für mich eine wichtige Förderung oder Möglichkeiten für die Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge, denn das sind ja gleichzeitig sinnvolle Maßnahmen, egal ob sie hier bleiben oder wieder nach Hause gehen. Diesen erworbenen Kenntnisse können ihnen auch in ihrem Heimatland nützlich sein. Insofern geht da sicher die Bemühung weiter. Im Zuwanderungsgesetz ist das ganz eindeutig bisher auch nicht vorgesehen, da haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

Lore Bolsch ergreift das Wort:

Ich möchte noch einen Gedanken aufgreifen. Ich bin Lore Bolsch aus Groß Neuendorf, bin Normalbürgerin, Rentnerin und mit diesem Thema beruflich nicht befaßt. Ich denke sie haben eben schon den Gedanken aufgeworfen. Integration kann keine Einbahnstraße sein und das finde ich, ist ein so wichtiger Gedanke. Es ist meines Erachtens nach eine Einbahnstraße. Die Gesellschaft stellt Anforderungen, ist wahnsinnig arrogant, stellt Anmaßungen hier in den Raum, die Ausländer haben sich anzupassen. So kann es nie und nimmer etwas werden und ich finde die Medien versagen da auch. Ich bin jetzt mal ein bißchen ruppig, aber ich hoffe, sie nehmen mir das nicht übel. Die Medien haben eine solche Gewalt über die Gesellschaft. Es wäre doch ein Leichtes, wenn die Medien sich einsetzen würden für dieses Thema und einfach das Volk mal aufklären würden, was Sache ist. Genauso haben Sie meines Erachtens nach versagt, das nur als Nebenbemerkung, bei der Wiedervereinigung. Da wäre auch ganz, ganz vieles nicht passiert, wenn die Medien besser ihre Aufgaben wahrgenommen hätten. Ich frage mich nur, ob jetzt sie z. B., Frau Berger, in ihrer Eigenschaft als Ausländerbeauftragte, nicht Möglichkeiten haben, auf die Medien einzuwirken oder bekommen sie da dauernd Absagen? Die wollen vielleicht nicht, ich weiß es nicht, ich kenne die Hintergründe nicht so genau oder eigentlich gar nicht. Es werden immer wunderschöne Worte gemacht. Sie haben uns eben einige davon nahe gebracht. Aber damit passiert nichts, wird nichts getan. Ich vermisse immer die Handlung, die Taten. Der Worte gibt es viele, aber Taten keine.

Frau Berger:

Also ich finde, dass sich hier ein Kreis zusammen setzt, um zu überlegen, was machen wir für Integration, das ist ja eine Tat. Das wollen wir doch erst einmal ganz klar sagen, das sind nicht nur Worte, sondern man will ja hier ganz konkret sagen, was bei uns im Kreis notwendig ist, für eine bessere Integration. Das finde ich schon einmal ganz wichtig und die

Tatsache, dass auch Medienvertreter auch heute hier sind und darüber hoffentlich berichten, ist ja erst einmal ein positives Zeichen. Grundsätzlich haben sie natürlich recht, dass die Zusammenarbeit mit den Medien immer wieder schwierig ist, weil, und das sind einfach Gesetze, die wir sehr wenig beeinflussen können, schlechte Nachrichten diejenigen sind, die gute Nachrichten in der Presse sind. D. h., von Übergriffen oder Angriffen und ähnlichem, wird sehr intensiv in der Presse berichtet. Die Berichte über gelungene Beispiele von Integration oder Bemühungen usw., das ist viel schwerer zu vermitteln, darüber in einer Zeitung, im Rundfunk und Fernsehen zu berichten, weil das nicht so einen großen Sensationswert hat, das wissen wir. Ich denke auch, es hat wenig Sinn, sich immer wieder dagegen zustellen und zu sagen, dass ist so furchtbar. Wir müssen einfach auch ein Stück weit zur Kenntnis nehmen, dass das so ist und wir müssen versuchen, die Möglichkeiten zu nutzen. Da denke ich, haben sie sicher recht mit dem Vorwurf, dass alle noch zu wenig machen. Ich merke immer wieder, das es gerade bei der Lokalpresse oft sehr gut funktioniert, wenn man Kontakte pflegt, wenn man die Leute einlädt, wenn man versucht, solche Sachen wie heute hier oder auch andere Dinge dann berichten zu lassen und da steht ziemlich viel in der Presse drin. Das muss man einfach auch mal sagen. Ich bin manchmal erstaunt, wieviel interessante Berichte dann so in Lokalzeitungen zu finden sind und auch im Fernsehen gibt es durchaus immer mal Berichte. Der ORB ist da gar nicht so schlecht. Der wird nur sehr wenig gesehen. Das ist die andere Seite. Es gibt auch Journalisten, die man für dieses Thema gewinnen kann, die bereit sind, sich dafür zu arrangieren. Das liegt vielleicht auch daran, dass alle, die damit zutun haben, dann oft nicht genügen Zeit oder die Kraft haben, um solche Arbeit richtig intensiv zu machen. Da haben wir sicherlich alle noch ein Defizit.

Ralf Overath:

Guten Tag! Mein Name ist Ralf Overath, ich bin gewählter Stadtverordneter aus Strausberg. Ich möchte zunächst erst einmal zurückgreifen auf die Normalbürgerin aus Groß Neuendorf und möchte das auch noch einmal unterstützen. Das was sie sagt, dass eine ganze Menge Aufklärung nötig ist, so dass also auch jene, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, über die Dinge, die dem Neubürger gegenüber stehen, informiert sind. Es gibt also nach wie vor nach meiner Ansicht noch eine Vielzahl von Unkenntnis und dann kommt selbstverständlich auch das Stück Märchen und Lüge hinzu. Man ist dann schnell dabei, aufgebraucht zu sein und meint, man wäre benachteiligt, im eigenen Land. Der Nährboden, der sich daraus entwickeln kann, ist sehr gefährlich. Ich denke nach wie vor ist Aufklärung nötig, damit man weiß, was überhaupt los ist.

Das Zweite was ich sagen will, bezieht sich auch auf die ganz konkreten Lage in Strausberg. Man ist selbstverständlich aus der Sicht der jeweiligen Gemeinde bemüht, den Bürger, der neu hinzukommt, der selbstverständlich dann auch einen finanziellen Bonus mitbringt, denn ich erinnere an die Schlüsselzuweisung, Frau Berger, ihn auch unterzubringen. Die Unterbringung jedoch ist auch klassisch geregelt nach Sachzwang. Der Zwang besteht darin, in den Plattensiedlungen Leerstände entgegenzutreten. Das ist eigentlich der unbedachte einfache Weg, der nicht immer dazu führt, dass dann Integration stattfindet, die in einer sehr guten Art und Weise verläuft, weil man dort den Bürger hinein plaziert, in ein Wohngebiet, wo schon soziale Not herrscht. Also wo insbesondere Sozialhilfeempfänger, Erwerbslose und noch ein kleiner Teil übrig gebliebener Leute, wohnen, die dort nicht weg wollen. Das führt selbstverständlich zu Reibungen und unsere Bürgervereine sind damit oftmals überfordert. Es ist also ein Dauerzustand, der auch den sozialen Frieden in einer Stadt, einer Gemeinde belastet. Hier ist nach meinem Dafürhalten Handlungsbedarf, auch gegenüber den jeweiligen Gemeinden nötig.

Mein dritter Anhaltspunkt, Frau Berger, den ich insbesondere an sie richte, sie sind für mich heute hier die Vertreterin der Landesregierung, dass selbstverständlich aller gute Wille immer davon abhängt, wie man ihn finanziert.

Wir können, und ich gehe davon aus, wir sind alle bereit, mit den Neubürgern in einen sehr soliden und vernünftigen Dialog zu treten, ihnen hilfreich zur Seite stehen.

Es mangelt immer wieder daran, dass wir zu wenig Gelegenheiten haben, sie auch auf die Dauer, durch Leute, die auch immer wieder dabei sind, denn da baut sich ja auch Vertrauen auf, und das es gerade bei solchen, die also von wo anders her kommen, die dort schon gedemütigt wurden, also ich habe viele Gespräche geführt, mit Bürgern die aus Rußland kamen, die also dort selbst als Deutsche keine Anerkennung fanden, gedemütigt wurden und dann kommen die nach Deutschland und erleben manchmal ähnliches.

Ich möchte an sie die Frage richten, wie werden die Gemeinden finanziert und gibt es da Möglichkeiten, *sie kennen die Situation der Gemeinden, wir sind also kurz vor dem Kollaps, wir haben also erhebliche Probleme* finanzieren zu können. Wir würden gerne, Frau Berger, Ausbildungsförderung aus kommunaler Fördersicht machen wollen, wenn wir das Geld hätten. Es gelingt uns ja nicht einmal *und sie wissen Strausberg hat so eine Initiative entwickelt*, kommunale Ausbildungsförderung in den Haushalt zu bekommen, das haben wir einmal drin gehabt, und zwar 1999, danach gelang es uns nicht mehr, gegen die Stimmen der SPD und der CDU. Es ist nach wie vor unser Wille, auch die mit rein zu bekommen. Das sind die Probleme, die mich bewegen. Für die Gemeindefinanzierung, Frau Berger, hätte ich einfach mal von ihnen eine Antwort und was die Presse und Medium betrifft, gibt es ja auch ein Landesmedienrat und da haben sie ja auch eine Stimme drin.

Frau Berger: lacht, antwortet aber nicht!

Nico Skoterim/ mobiles Beratunsteam:

Meine Frage oder meine Bemerkung geht in eine andere Richtung und zwar geht es darum, sie sagten, die Angst vor Parallelgesellschaften und die Idee, (Ende Band 1/Seite A) Zuwanderer möglichst gleichmäßig flächendeckend übers Land zu verteilen, ich glaube das ist sehr problematisch und ich denke das gerade eine Konzentration von Zuwanderern eine Integration eher ermöglicht. Ich kenne das auch aus eigenen Erfahrungen, dass, als ich in anderen Ländern gelebt habe, es gab z. B. ein italienisches Viertel, dann bin ich natürlich dort hingegangen und habe probiert, dort eine Wohnung zu suchen, weil ich dort Information und Unterstützung gefunden habe. Insofern sind also solche Geschichten integrationsfördernd und ich habe jetzt auch im Kopf, ein Dokumentarfilm über jüdische Gemeinden in Brandenburg zu machen, weil diese das Problem kennen und dafür berühmt sind, gute Integrationsstrukturen zu haben, also Sprachkurse anbieten und viel für die Integration der Mitglieder ihrer Gemeinde tun. Das Problem für diese kleinen jüdischen Gemeinden in Brandenburg war also, dass es zu wenig gab. Es macht keinen Sinn, Gemeindestrukturen aufzubauen, wenn nur 10 Familien im Ort leben.

Gibt es da Überlegungen in der Landesregierung, dass sich in dieser Richtung etwas ändert oder ist der Gedanke, man müßte Zuwanderer möglichst flächendeckend übers Land verteilen, immer noch sehr dominant?

Frau Berger:

Fangen wir mal mit dem Letzten an. Das, was sie gesagt haben, bestätigt ja, dass ich versucht habe zu sagen, dass die Gefahren für Integration gerade nicht in der Konzentration liegen, sondern dann eher in dieser Vereinzelnung, wie es ja oft praktiziert wird. Dass es soziale Probleme sind, die dann, wenn überhaupt, eine solche größere Ansiedlung zu einem Problembereich machen, dass, auch noch mal auf die Frage des Vorfragers aus Strausberg, genau das sind ja die Fragen, dass es eben darum geht, zu schauen, wo sind soziale

Möglichkeiten für Integration besonders gut gegeben. Danach müßte man versuchen, auch die Verteilung im Land einzurichten. Wo sind kulturelle Zentren, wo können sich Zuwanderer entsprechend dann auch wohl fühlen und in ihrer Kultur weiterleben und integrieren. Diese Konzepte sind ausgesprochen problematisch, weil sie daran scheitern, dass im Augenblick die Verteilung so geregelt ist, dass in die Kreise gleichmäßig Zuwanderer verteilt werden, diejenigen, die per Zuweisung kommen und das sind ja die hauptsächlichen Zuwanderer, die bei uns überhaupt in Erscheinung treten. Das richtet sich nach der Einwohnerzahl der Kreise. Bei den jüdischen Zuwanderern ist bereits ein Kompromiß gemacht worden, dass man wesentliche die kreisfreien Städte und die Orte, an denen sich jetzt jüdische Gemeinden entwickelt haben, das dorthin auch Zuwanderer zugewiesen werden. Die Diskussion geht jetzt darum, das noch weiter einzugrenzen. Inwieweit das gelingt, ist noch völlig offen, denn das Problem sind dann die Gemeindefinanzierungen, die daran hängen und die Schlüsselzuweisungen, die schon erwähnt worden sind. D. h. jeder Kreis schaut natürlich auch danach, wieviel Leute bekomme ich zugewiesen und wieviel Gelder bekomme ich dann auch entsprechend dafür. Das hängt miteinander zusammen. Für die Spätaussiedler, die einem Kreis zugewiesen werden, wird eine bestimmte Summe gezahlt. Asylbewerber, die zugewiesen werden, für die wird eine bestimmte Summe gezahlt. Wenn in einem Kreis wesentlich mehr Aussiedler oder jüdische Flüchtlinge oder Asylbewerber sind, als in einem anderen Kreis, dann gibt es sofort finanzielle Probleme und dann gibt es sofort ein großes Veto des Landkreistages der sagt, wie kann das Land überhaupt solche Überlegungen anstellen, das lassen wir uns nicht gefallen, denn das hat sofort finanzielle Auswirkungen auf den Kreis. Die Hoheit der Kreise spielt eine ganz große Rolle in Brandenburg. Das muss man akzeptieren, d. h. ohne dass die Kreise selbst sagen, wir entwickeln neue Konzepte und wir schlagen vor, dass man vielleicht die eine oder andere Verteilungsfrage anders regeln sollte, im Interesse von besserer Integration, wird es nicht geben. Da kann die Landesregierung überhaupt nichts machen. Das ist nur möglich, wenn die Kreise sagen, wir stellen fest, dass das ungünstig ist, was jetzt passiert. Wir fordern, dass da neue Überlegungen angestellt werden, wir beteiligen uns an solchen neuen Überlegungen und wir sind dann der Meinung, das Landesaufnahmegesetz sollte geändert werden. Im Augenblick ist es so, dass die im Integrationsbeirat ursprüngliche vorgesehene Arbeitsgruppe, „Verteilung von Zuwanderern“ eingestellt worden ist, weil der Landkreistag dagegen protestiert hat, dass vom Land her solche Überlegungen angestellt werden. Da sehen sie, wie schwierig das ist, wirklich im Sinne von besserer Integration Überlegungen anzustellen, wenn da das Gefühl entsteht, vom Land her wird den Kreisen irgend etwas übergestülpt. Das darf nicht sein, das muss in den Kreisen diskutiert werden. Das sage ich auch ganz absichtlich hier. Wenn sie der Meinung sind, in ihrem Kreis sollten solche Dinge geändert werden, dann ist das der richtige Weg zu sagen, wir müssen hier etwas ändern und das sollte dann in die Beratung im Integrationsbeirat eingehen. Dann kann eine Änderung des entsprechenden Landesaufnahmegesetzes passieren. Nur so herum geht es, anders herum geht es nicht. Der Appell an die Landesregierung ist gut und sicher auch richtig, aber der Landesregierung sind da die Hände gebunden. Das muss man einfach sehen, das muss auf der Kreisebene passieren. Sie haben gesagt, sie kennen die finanzielle Situation der Gemeinden. Ich kenne leider auch die finanzielle Situation des Landes. Wir haben im Augenblick eine absolute Haushaltssperre. Wie lange die dauert, wissen wir alle noch nicht. D. h. die Situation im Land und in den Kommunen ist gleichermaßen schwierig. Ich denke, da brauchen wir uns jetzt hier gegenseitig nichts vor zu erzählen. Ich weiß genau, dass es in den Kommunen genau so schlimm ist, aber ich weiß auch, dass es im Land sehr schlimm ist. Wir müssen sehen, dass soviel Phantasie wie möglich eingesetzt wird, um die Gelder, die dann letztlich zur Verfügung stehen, sinnvoll einzusetzen. Deswegen denke ich ist es eine wichtige Überlegung, wo kann man Schwerpunkte schaffen, in den Schulen z. B., Lehrerweiterbildung, Qualifikation für besseren Sprachunterricht, für mehr Integration lohnt sich natürlich ganz anders, wenn man mehr Schüler hat, als wenn man

in allen Schulen nur Einzelne hat, so dass man dann die Förderstunden, die zur Verfügung stehen, sinnvoll nutzen kann. Es macht Sinn, Überlegungen anzustellen, an welchen Stellen im Kreis kann man Integrationsanstrengungen bündeln, zusammenführen. Wo kann das zusammenlaufen, dass das nicht an so vielen verschiedenen Stellen gemacht wird. Die Beratungssituation ist genau so ein schwacher Punkt. Ich weiß ganz genau, dass wir zu wenig haben. Das ist mir völlig klar. Seit langem diskutieren wir darüber, wie kann das verändert werden. Es geht nur so, dass wir im Augenblick jedenfalls Konzepte entwickeln, wie die vorhandenen Beratungsstellen besser miteinander kooperieren und entsprechend eingesetzt werden. Man versucht dort, so effektiv wie möglich zu arbeiten. Sicherlich wird es auch nach wie vor nicht ohne ehrenamtliches Arrangement dabei abgehen, was ja in vielen Bereichen auch bereits praktiziert wird. Ich bin nicht der Meinung, dass das alles auf ehrenamtlich arbeitende Personen abgewälzt werden sollte, das ganz bestimmt nicht. Wir brauchen qualifizierte und ausgebildete Beraterinnen und Berater, aber wir müssen es ergänzen. Anders wird es nicht gehen. Wir haben alle nicht den Goldesel im Stall stehen, der die Dukaten hervorbringt.

Ich weiß jetzt nicht, ob ich auf all ihre Fragen eingegangen bin. Im Medienbeirat habe ich überhaupt nichts zu sagen.

Wir haben aber für den neuen integrierten Rundfunkrat einen Vertreter gewählt, da wird ein Vertreter der ausländischen Bevölkerung hin entsandt und zwar von Berlin und Brandenburg gemeinsam. Wir haben zusammen gesessen und einen Vertreter gewählt. Der erste Vertreter muss seinen Wohnsitz in Berlin haben, das steht im Vertrag, aber wir haben Einen gewählt, mit vielen Problemen und Schwierigkeiten. Es ist ein Vertreter des türkischen Bundes aus Berlin-Brandenburg, der sich auch schon in Brandenburg arrangiert hat.

Herr Stobner:

Ohne eine neue Diskussion aufmachen zu wollen zum Thema Integration in Strausberg, möchte ich trotzdem auf Herrn Overath einmal reagieren, weil ich auch seit Jahren die Situation kenne und weiß, dass da auch Maßnahmen oder Aktivitäten möglich gewesen wären, ohne viel Geld. Da hat auch die Stadtverwaltung einiges versäumt, z. B. die Bürger mal vorzubereiten und zu sagen, hier kommen neue Strausberger, hier gibt es Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, die hier in den nächsten Monaten eintreffen werden. Da ist meiner Kenntnis nach so gut wie nichts gelaufen, aber das wäre einmal ein internes Diskussionsthema. Schon deshalb begrüße ich sehr, dass wir heute hier zusammen kommen, um über solche Fragen zu reden und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Jens Lawerenz:

Meine Name ist Jenz Lawerenz, ich komme von der Kindervereinigung Seelow, vom Kinder- und Jugendfreizeitzentrum. Frau Berger, wissen Sie, ich habe ein Problem mit ihrer Form von Integration. Sie haben das zwar alles sehr schön gesagt, aber ich denke ganz einfach, dem walkenden kulturellen Hochmut sollten wir nicht unseren sprachlichen Hochmut entgegensetzen. Ihrer Rede habe ich entnommen, dass das Wesentliche immer die Sprache ist. Damit habe ich Probleme. Ich denke, wir sollten auch, was unsere deutsche Sprache anbetrifft, vielleicht ein paar Schritte zurückgehen und versuchen, Integration auch ohne den Zwang zum Erlernen der deutschen Sprache durchführen.

Frau Berger:

Dazu muss ich etwas sagen, ich habe nicht gesagt, dass die Sprache das Wesentlichste ist. Ich habe sehr wohl gesagt, dass ich es als eine wichtige Voraussetzung für Integration empfinde. Man kann sich trefflich darüber streiten, ob ein Zwang zur Sprache des Landes, in dem man ist, bestehen soll oder nicht. Da gibt es durchaus unterschiedliche Auffassungen. Ich finde es gut, dass jetzt mit dem neuen Zuwanderungsgesetz, wenn wir es bekommen sollten, das Recht

und die Pflicht, an Sprach- und Orientierungskursen teilzunehmen, angeboten und finanziert wird. Das ist meiner Meinung nach schon eine wichtige Voraussetzung. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten eine gesetzliche Regelung bekommen, wo das Recht ganz klar definiert wird und wo keine Sanktionen definiert sind, wenn man denn diese Sprachkurse nicht mitmacht. Des hätte ich besser gefunden, da würde ich ihnen zustimmen, aber trotzdem sollten wir nicht unterschätzen, dass es natürlich eine wichtige Voraussetzung für Integration ist, wenn man die Sprache auch beherrscht. Es gibt durchaus die Auffassung von Anderen, die sagen, Zuwanderer werden selbst merken, dass sie Nachteile haben, wenn sie die Sprache nicht beherrschen, deshalb sollte man ihnen das selbst überlassen und ihnen freistellen. Ich weiß nicht, was besser ist auf längere Sicht, ob es nicht gut ist, möglichst dafür zu werben, dass man die Sprache lernt, weil die Chancen für berufliche Aus- und Weiterbildung usw. einfach größer sind, wenn man die Sprache des Landes, in dem man lebt beherrscht. Das ist eine ganz klare Aussage. Es ist nicht so gut, dies den Leuten zu überlassen und zu sagen, ihr werdet schon merken, was ihr davon habt, wenn dann die Kinder in der 3. Generation immer noch nicht deutsch können und Schwierigkeiten haben und ewig Hilfsarbeiter bleiben. Ob das so gut ist auf die Dauer bezweifle ich. Deswegen bin ich dafür, sehr offensiv, sehr aggressiv wirklich Sprache anzubieten. Wir brauchen es, miteinander auf dieser Grundlage bauen zu können.

Guido Henning:

Herzlichen Dank an Frau Berger und an die Diskussionsteilnehmer für die anregende Diskussion. Wir haben den Hinweis sehr deutliche erhalten, dass in den Landkreisen selbst nach Modellen und Wegen zu suchen ist und wir werden auch mit der jetzt folgenden Podiumsdiskussion, die von Herrn Sauer vom Projekt zur Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen moderiert wird, versuchen, ein Beitrag zu leisten. Ich würde dann die Podiumsteilnehmer bitten, nach vorne zu kommen und Platz zu nehmen.

Pause

Herr Sauer:

Wir kommen zum nächsten Programmpunkt, zur Podiumsdiskussion unter dem Thema: „Situationsbeschreibung Integrationsarbeit im Landkreis Märkisch-Oderland“. Das ist das, was gerade nachgefragt wurde bei Frau Berger. Wie sieht es denn in der Praxis aus? Ich denke, hier sollten wir einmal versuchen, eine Bestandsaufnahme zu machen, wie das momentan möglich ist. Ich darf mich ganz kurz selbst vorstellen. Meine Name ist **Thomas Sauer**. Ich komme von dem Landesprojekt: „Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen“ abgekürzt EkIS, angesiedelt in Trägerschaft bei der Arbeiterwohlfahrt, aber mit einem ganz klar verbandsübergreifenden Auftrag und institutionsübergreifenden Auftrag. Wir beraten in den Landkreisen zur Zusammenarbeit im Integrationsgeschehen. So ist auch meine Zuständigkeit hier im Landkreis MOL zur Vernetzung, wie das neudeutsch heißt, zu beraten und Netzwerke zu begleiten, inhaltlich und strukturell.

Dieses Projekt ist hauptsächlich finanziert vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und es ist noch teilfinanziert vom Bundesverwaltungsamt, mit Bundesmitteln, die eine ähnliche Ausrichtung haben, was die Unterstützung der Netzwerkarbeit betrifft. Vielleicht ist es mir erlaubt, heute am Todestag von Regine Hildebrandt darauf hin zu weisen, dass Regine Hildebrandt 1997 dieses Projekt eingeweiht hat.

Ich darf jetzt hier die Podiumsteilnehmer recht herzlich begrüßen. Ich stelle nun einmal ganz kurz das Podium vor:

Frau Huhn – Ausländerbeauftragte des Landkreises MOL

Pfarrer Schmidt – Ausländerbeauftragter des evangelischen

Kirchenkreises Oderbruch

Herr Böduel – Sozialamtsleiter im Landkreis MOL

Frau Noreding – als Betroffene, sie ist aber auch teilweise ehrenamtliche Mitarbeiterin, wenn ich das recht gehört habe, im Sozialpark MOL

Frau Ziese – Sozialpark MOL, sie hat eine der sogenannten landesfinanzierten Stellen inne, die die Einzelberatung auf ambulante Art und Weise für die bleibeberechtigten Zuwanderer durchführt.

Wir werden jetzt als erstes eine Runde machen, wo die einzelnen Podiumsteilnehmer, nach der Reihe, so wie es hier im Programm steht, ihre Statements abgeben, auch zu dem Thema, wie es hier im Programm steht und ich möchte ganz gerne Frau Huhn, die Ausländerbeauftragte des LK MOL bitten, uns eine Situationsbeschreibung mit Zahlen und Fakten zur Situation der Ausländer oder der Zuwanderer im LK MOL zu geben.

Frau Huhn:

Ich bin Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte des LK MOL, nur um das richtig zu stellen. Ich bin auch für Frauen zuständig.

Bevor ich einige Zahlen und Fakten vortrage, möchte ich folgendes mitteilen. In der vorigen Woche habe ich einen Brief bekommen, und zwar hat sich im Land Brandenburg eine Volksinitiative zur Überwindung des Sachleistungsprinzips gegründet. Ich möchte diese Unterschriftenlisten und wer Lust und Interesse hat, kann gerne unterschreiben.

Als ich mich mit dem Thema beschäftigt habe, fand ich es eigentlich sehr kompliziert, weil es so viele Fassetten hat. Ich hatte mir 3 Fragen überlegt. Was ist Integration? Dies ist beantwortet worden, es gab auch Diskussionen dazu und es wird auch im Nachhinein mit Sicherheit noch Diskussionen geben. Meine 2. Frage war auch schon in der Diskussion. Wie wichtig ist eigentlich die Integration für das Zusammenleben von Menschen? Die 3. Frage lautet: Wen wollen wir integrieren und wer möchte denn überhaupt integriert werden? Bevor wir zur Beantwortung dieser Fragen kommen, lassen sie mich einfach einige Zahlen und Fakten, die für unseren Landkreis relevant sind, nennen. Wir haben in Märkisch-Oderland 188.277 Einwohner. Ich weise darauf hin, das ist der Stand vom 31.12.2000. Die neuen statistischen Zahlen liegen erst im Frühjahr 2003 wieder vor. Davon leben in MOL 3729 Ausländer. Das ergibt einen prozentualen Anteil von 1,98 %. Wir liegen damit im Durchschnitt des Landes Brandenburg, aber eben auch sehr weit entfernt von Ländern, wie Nordrhein-Westfalen oder wie der Stadt Berlin, die mit 12 % einen wesentlich höheren Anteil an Ausländern hat. Von diesen 3729 Ausländern, haben wir im LK MOL 650 Asylbewerber. Diese Asylbewerber sind in Heimen untergebracht und ein Teil von ihnen auch in Wohnungen. Das ist vielleicht für die Diskussion ganz wichtig. Wir haben im LK MOL ca. 1545 Spätaussiedler.

Die ausländische Bevölkerung in MOL besteht zu über 10 % aus polnischen Bürgern, gefolgt von Bürgern aus den ehemaligen GUS-Staaten, z. B. Kasachstan, Weißrußland oder der Ukraine. Insgesamt leben in MOL Bürger aus 68 Ländern. Ich hoffe, ich habe sie jetzt nicht ganz und gar verwirrt und sie können die ganzen Begriffe wie Ausländer, Asylbewerber und Spätaussiedler noch auseinanderhalten, was teilweise auch nicht immer so einfach ist. Bei der Vielzahl von Begriffen gehört ein ganz großes Stück Öffentlichkeitsarbeit dazu, um zu klären, wer ist den was, welchen Status haben sie und wohin gehört welche Leistung, was steht jedem zu. Das ist in der Bevölkerung teilweise noch sehr verworren. Wir haben in Märkisch-Oderland viele Projekte, die sich mit diesen oder ähnlichen Dingen beschäftigen. Ich denke an die Ära, die ich gerade so vor meiner Nase habe, mit ihrer Informationswand, die haben in erster Linie die Informationspflicht. Aber ehe das langsam durchdringt und ehe man auch so bestimmte Gedanken aus den Köpfen der Deutschen herausbringt, das ist schwierig.

Sie merken, Ausländer sind keine homogene Gruppe, sondern sie sind Menschen mit den unterschiedlichsten Bedingungen und mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen, wie z. B. Sprache, Kultur oder Weltanschauung, ihre Religion und auch ihrer Aufenthaltsdauer. Frau Berger hat das schon angesprochen. Sie haben unterschiedliche Ansprüche, die jeder an das Leben stellt. Diese unterschiedlichen Menschengruppen haben ein unterschiedliches Recht auf einen Aufenthalt hier in Deutschland. Viele leben hier, die eine Daueraufenthaltsgenehmigung haben. Diese Menschen haben Anspruch auf Integration. Laut Gesetz ist gerade diesen Menschen, die schon lange in Deutschland leben aber eigentlich kein Bleiberecht haben, dieser Anspruch auf Integration verwehrt. Wir sollten hier von sozialer Integration sprechen oder von zeitweiliger Integration, also Integration nicht nur für Neuzuwanderer, sondern auch für Leute, die länger hier in Deutschland leben. Integration ist für dieses neue künftige Zuwanderungsgesetz eigentlich nur den bleibeberechtigten Ausländern vorbehalten, die dann eine Niederlassungserlaubnis erhalten.

Was ist soziale Integration und wie gehen wir damit um? Soziale Integration, ich habe nicht im Fremdwörterbuch nachgesehen, ich habe einfach im Duden nachgesehen, und da steht, ganz schlicht und einfach: „Eingliederung“. Soziale Integration kann aber nicht nur Eingliederung sein in eine unbekannte Gesellschaft mit fremder Sprache, fremder Kultur, mit einer völlig fremden Geschichte und mit einer völlig aus den Ufern gleitenden Rechtsverordnung. Integration hat auch etwas mit der Würde des Menschen zu tun. Leider wird das neue Zuwanderungsgesetz diesem Anspruch für meine Begriffe nicht gerecht. Soziale Integration bedarf vieler Akteure, davon haben wir in Märkisch-Oderland eine ganze Menge. Um die zu vernetzen, sind wir heute hier. Dass sollte mit unser erster Anspruch sein. Es geht um Initiativen, kirchliche Einrichtungen, karitative Verbände. Es geht generell um Menschen, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind und es geht auch um Privatpersonen. Davon haben wir in Märkisch-Oderland auch eine ganze Menge und darüber freue ich mich ganz besonders. Um Nägel mit Köpfen zu machen, damit Integration auch bezahlbar ist, gehören zu bestimmten Maßnahmen auch bestimmte finanzielle Mittel und ich denke, da ist die Politik gefragt, die dazu leider noch nicht umfassend geantwortet hat. Es gibt zwar Vorstellungen, aber die reichen bei weitem nicht aus. Es bedarf der praktischen Umsetzung dieser sozialen Integration, wie zum Beispiel die Verbesserung der sozialen Situation von Flüchtlingen, Sprachangebote, der Zugang zum Arbeitsmarkt, Bargeldleistungen oder auch die Unterbringung in einem angemessenen Wohnraum, um nur einige zu nennen. Es gehört auch das Recht der Familienzusammenführung dazu. Es gehört weiterhin dazu und da werde ich als Gleichstellungsbeauftragte tätig, die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Verfolgungsgründen. Es gehört auch dazu der Schutz vor nichtstaatlicher Verfolgung und eine Altfall- bzw. eine Härtefallregelung.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu meiner dritten Frage, die ich aufgeworfen habe. Integration sollte von den betreffenden Menschen auch gewollt werden, sie sollte angenommen werden. Sie wissen alle, wie schwierig es ist oder welche problematische Situation wir manchmal mit jugendlichen Spätaussiedlern hier in Märkisch-Oderland haben. Die Situation in der sich die jungen Leute befinden, die hier mit Ihren Eltern her kommen, weil die Eltern für Ihre Kinder auf eine bessere Zukunft hoffen. Gerade diese jungen Leute haben es hier sehr schwer. Sie haben ihre Freunde im Herkunftsland zurückgelassen, sie haben vielleicht auch ihren Ausbildungsplatz aufgeben müssen, vielleicht auch Arbeit. Sie haben also all diese sozialen Kontakte, die zu einem Zusammenleben einfach notwendig sind, hinter sich gelassen. Und hier verlangt man nun von ihnen, dass sie sich anpassen, dass sie sich vielleicht assimilieren, das ist ein sehr eigenartiges Wort für integrationsbedürftige Maßnahmen, dass sie die deutsche Sprache lernen, eine Sprache, die ihnen vielleicht völlig unbekannt ist. Und, wenn sie das auch alles annehmen, welche Chancen haben sie z. B. in der Berufsausbildung oder später auf dem Arbeitsmarkt. Wir alle kennen die Situation in Märkisch-Oderland. Wir wissen, uns fehlen Ausbildungsplätze und wir kennen die hohe Zahl

an Arbeitslosen, die hier in Märkisch-Oderland inzwischen die 20 % Marke überschritten hat, die bei 25 %/26 % liegt. Ich denke, diese jungen Leute brauchen eine Chance und dazu sollten wir unsere Netzwerke, die es in Märkisch-Oderland gibt, die ja auch funktionieren, um einige Partner erweitern. Vielleicht sollten wir die Handwerkskammer ansprechen, vielleicht auch die IHK oder auch Unternehmen, die ausbilden.

Das soll es von mir gewesen sein und ich denke in der Diskussion werden wir dieses Thema noch vertiefen. Dankeschön!!!

Herr Sauer möchte Verständnisnachfragen zulassen. Bittet um Fragen auf das Verständnis bezogen an Frau Huhn.

Eine Wortmeldung:

Ich würde gern wissen, wie lange die Aufenthaltsdauer für Asylbewerber ist für diese Zwischenlösung, also hiersein und wieder weg?

Frau Huhn:

Von mir aus sehr schwierig zu beantworten. Da gibt es eigentlich keinen festen Zeitpunkt. Man sagt nicht eine Woche oder so. Es hängt vom Asylverfahren ab. Wir haben Asylbewerber hier bei uns im Landkreis, die sind schon 10 Jahr hier, manche sogar noch länger. Das meine ich mit dieser sozialen Integration. Diese Menschen haben ein Recht auf Integration, weil sie sich auch hier zurecht finden.

Herr Sauer: keine weiteren Nachfragen

Kommen wir jetzt zu Herrn Böduel, Sozialamtsleiter hier im Landkreis. Uns verbindet schon eine längere Zusammenarbeit. Das Sozialamt unterstützt die Netzwerkarbeit auf Landkreisebene und auf Ortsebene. Gleichwohl hat Herr Böduel den besten Überblick, was konkret Sache ist.

Herr Böduel: Sozialamtsleiter im LK MOL

Dankeschön für die Einladung. Ich freue mich, dass so viele interessierte Bürger heute gekommen sind. Das ist eine gute Sache für unseren Landkreis, weil ich glaube, dass bei uns noch nicht alles dort ist, wo wir gerne hin wollen. Vieles ist schon auf einen guten Weg gebracht und ich denke, dieser Tag wird zeigen, wie die Arbeit qualifizierter weiter gehen kann.

Als Fachamt bin ich natürlich zuständig für alle Sozialleistungen und alle Gruppen, die in dieser Gesellschaft aus irgend einem Grund ausgegrenzt sind. Es ist also besonders schwierig, auch für ein Fachamt, da aufgrund der komplizierten Gesetzeslage, mit dem Maß des gerechten Verwaltungshandelns, an viele Dinge heran zu gehen. Meine Mitarbeiter sind zuständig für alle Behinderten in diesem Kreis, für alle Pflegebedürftigen, für alle Suchtkranken, für alle Sozialhilfeempfänger, besonders für die jugendlichen Sozialhilfeempfänger und natürlich auch, und jetzt komme ich zu den 2 großen Gruppen, um die es heute geht, die Spätaussiedler, die wir per Schlüsselzuweisung vom Land zugewiesen bekommen und die Asylbewerber. Für beide Gruppen gelten ganz verschiedene rechtliche Grundlagen, das möchte ich vorweg noch einmal sagen. Heute ist viel über Integration gesagt worden. Für uns, so als Zielvereinbarung im Sozialamt Märkisch-Oderland für die Mitarbeiter in der ganzen Breite, müssen wir natürlich einen Blick haben, dass wir sagen, wo wollen wir mit den Leuten hin, die uns anvertraut sind, die von uns Leistungen bekommen. Ziel ist natürlich, dem Behinderten, wie dem Spätaussiedler eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und alle Bemühungen müssen dahin gehen, dass diese Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eigenständig möglich ist, mit so wenig wie

möglich Hilfe von außen, also viel Hilfe zur Selbsthilfe. Dass ist das globale Ziel. Dass die Praxis eine andere Sprache spricht, dazu komme ich jetzt gleich. Die Zahlen hat Frau Huhn genannt. Wir haben zur Zeit, und ich komme jetzt mal zu dem Bereich der Spätaussiedler, noch ein Übergangwohnheim, hier ganz in der Nähe, in Lietzen, das hat so 100 bis 120 Plätze. Das benötigen wir als Kreis, weil die Zuweisungen, die wir vom Land bekommen, nicht regelmäßig gleichmäßig überschaubar sind. Da kann es passieren, wir bekommen 2 oder 3 Monate Niemanden und dann kommen mehrere und dann haben wir nicht so viele Wohnungen zur Verfügung. Da bin ich schon bei dem Stichwort, was besonders von Strausberg oder auch von Neuhardenberg genannt worden ist. Wir haben rechtzeitig begonnen, einen ambulanten Dienst und ein Netzwerk aufzubauen, damit, wenn Spätaussiedler kommen, diese Spätaussiedler Ansprechpartner haben. Ich denke, das ist uns mit dem Sozialpark MOL, mit der Koordinierungsstelle und mit dem Übergangwohnheim in Lietzen und dessen Sozialarbeit des Vereines, die sie aufgebaut haben und mit Unterstützung der Diakonie recht gut gelungen, dass wir die Spätaussiedler von Anbeginn begleiten und abholen, mit allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Zur Frage der Konzentration im Landkreis kann ich auch wieder nur sagen, die soziale Lage und die Gesetze gelten hier für alle. Spätaussiedler sind zum größten Teil Sozialhilfeempfänger und für Sozialhilfeempfänger, für alle ob Deutsche oder Spätaussiedler, gilt, dass sie nur einen bestimmten Wohnraum, mit einer bestimmten Mietobergrenze beziehen dürfen. Da sind alle gleichgestellt. Das sind gesetzliche Regelungen, d. h., wenn Wohnraum für Sozialhilfeempfänger angeboten wird, darf der nicht die Mietobergrenze übersteigen und muss bezahlbar sein. Dennoch gibt es Möglichkeiten, da auch immer den Blick auf das Einzelne zu richten. Wir haben die Erfahrung gemacht, - wir hatten eine Großfamilie mit optimaler Unterstützung (eingebunden in die Kirchengemeinde usw.) in einen Ort gebracht, wo sie alleine waren, die sind wieder weggegangen. Hier kommt das zum Tragen, was heute gesagt worden ist, der Schulterschluss, die Hilfe zur Selbsthilfe, was sich da so entwickelt, das ist ein wichtiger Fakt und deshalb möchte ich gar nicht so negativ von Konzentrierung oder Ansiedlung sprechen. Da liegen Chancen drin, mit den Spätaussiedlern zu leben und einiges zu entwickeln, was man sich in Strausberg, Seelow oder Lietzen ansehen kann, was relativ gut funktioniert. Zu den Rahmenbedingungen gehören natürlich auch Geld und Mitarbeiter. Frau Berger hat es gesagt; die Kreise bekommen, ich sag es mal so salopp, Kopfgeld als Pauschale. Mit dieser Pauschale pro Spätaussiedler, können wir in einem bestimmten Rahmen die Arbeit gestalten. Die Pauschale läßt zu, dass wir in einem Übergangwohnheim zwei Mitarbeiter zu 100 Prozent finanzieren sowie die wirtschaftlichen Kosten für die Betreuung des Heimes abdecken können. Wir finanzieren mit dieser Pauschale weiterhin 2 ambulante Sozialarbeiter im Kreis beim Sozialpark, die als Koordinierungsstelle für den Kreis, für das Sozialamt tätig sind und dessen Sachkosten (Fahrtkosten, Bürokosten usw.) Ich kann hier gleich sagen, das ist nicht üppig. Damit ist auch die Pauschale soweit ausgereizt, dass wir keine Möglichkeit haben, da noch etwas hinzu zu legen. Das Ziel unserer ambulanten Arbeit war von Anfang an gemeinwesenorientiert. Ich glaube, wenn ich mich hier so umsehe und wenn ich die anderen Runden, in denen ich ab und zu eingeladen bin, zum Thema „Spätaussiedler“ miterlebe, wir haben eine Reihe von Vereinen, wir haben Netzwerke gegründet, eins heißt „Netzwerk Ost“, wir haben eine Menge Aktivitäten, die alle eine hervorragende Arbeit leisten. Wir haben auch in den Kommunen wesentlich mehr Verständnis, als vor 5 Jahren. Dass das noch nicht dort ist, wo wir es uns vorstellen, das ist klar, aber wenn ich daran denke, dass ich vor 3 Jahren in einer Kommune war, die Spätaussiedler haben und die mir gesagt haben, könnt ihr aus der Abteilung Wohnungspolitik die Leute nicht wo anders hinweisen. Anhand solcher Aussagen sieht man, was da noch für Arbeit nötig ist, um das Verständnis der Menschen zu erlangen.

Es hat sich einiges getan und ich glaube im Bereich „Spätaussiedler“ haben wir eine gute Basis geschaffen. Wir sollten überlegen, wie wir die Arbeit in den Netzwerken durch noch mehr Information untereinander erleichtern und bündeln können.

Das Problem der Jugendlichen hat Frau Huhn angesprochen. Die Jugendlichen sind diejenigen, die bei der Beratungsarbeit und bei den Integrationsdingen, also Sprache, Arbeit, Ausbildung, Schule, die größten Schwierigkeiten mitbringen, weil sie oftmals gar nicht mit nach Deutschland kommen wollten. Andererseits kommen sie in ein Landkreis, wo die Arbeitslosenquote eben so ist, wie Frau Huhn sie sagte. Hier in Seelow 25% bis 26%. Wenn ich mir die Zahlen von Ende September ansehe, wieviel Jugendliche unter 25 Jahre beim Arbeitsamt in diesem Landkreis gemeldet sind und Arbeit suchen, so waren dass im September 2900 Jugendliche unter 25 Jahre, die im Landkreis MOL keine Arbeit haben. In solchen Situationen von umfassender Integration zu sprechen, ist dann natürlich nicht so einfach. Deshalb ist unsere Ausrichtung, auch mit unseren Partnern, die wir haben, also den ganzen Vereinen, die da mitziehen, um Qualifizierung, Deutschkurse, Arbeit statt Sozialhilfe und alles was wir anbieten können, mit dem Ziel verbunden, diesen Jugendlichen eine Teilhabe an gesellschaftlichen Leben durch eigene Kenntnisse und eigenes Wissen zu ermöglichen, das sie durch die zahlreichen Angebote mitnehmen können. Ich sage das hier ganz bewußt, auch für den Schritt, wieder Weg aus Märkisch-Oderland, dort hin, wo sie mit ihren Familien Arbeit finden und ihr Leben eigenständig gestalten können. Auch das gehört zu unserer Verantwortung. Wir können nicht so tun, dass wir sagen, begründet Heimat, wenn wir gleichzeitig wissen, dass ein großer Teil dieser Menschen aus dem Osten Brandenburgs sich dorthin bewegt, besonders die Jugend, wo man unabhängig von sozialen Leistungen leben kann. Deshalb gehört zu unserer Verantwortung auch dazu, zu gucken, wie können wir ihnen zur Seite stehen, wenn sie unseren Kreis nach den 2 Jahren Wohnungsbindung wieder verlassen. Soviel zu den Rahmenbedingungen „Spätaussiedler“.

Bei den Asylbewerbern ist die Rechtslage wesentlich komplizierter. Die Verweildauer ist unterschiedlich. Die Arbeitsmöglichkeiten sind eingeschränkt, keine Möglichkeit, Sprachunterricht anzubieten, da keine Pflicht besteht usw. Wir haben einen großen Teil Asylbewerber in Wohnungen untergebracht. Ich finde es gut, dass in den letzten internen Konzeptionsgesprächen, auch aus Sicht der Leitung unseres Hauses, also konkret aus der Sicht des Landrates, darüber nachgedacht wird, die Chance, die wir haben, die Lücken in den gesetzlichen Bedingungen, die man noch mal ausloten kann, zu schauen, dieses noch zu erweitern, um wegzukommen von der Unterbringung in Übergangwohnheimen. Die ist jedoch erst einmal vorgegeben vom Gesetzgeber, aber besonders im Hinblick auf Familien mit Kindern, wollen wir hier diesen Weg noch weiter vorwärts gehen. Wichtig, dass die Begleitarbeit und die Integrationsarbeit sich ganz anders gestaltet, als die der Spätaussiedler. Das muß man zur Kenntnis nehmen. Wir haben auch noch die gesetzliche Vorgabe, dass zur Zeit die Sozialarbeiter pro Asylbewerberschlüssel in den Heimen gebunden sind. Da weiß ich, dass das Ministerium nachdenkt, auch da zu öffnen, dass wir ähnlich wie bei den Spätaussiedlern, ambulante Sozialarbeit dann daraus finanzieren könnten. Denn auch bei den Asylbewerbern bekommen wir Schlüsselzuweisungen und müssen uns als Kreis selbst an den Kosten beteiligen, für alle die, wo das Asylverfahren abgeschlossen ist bzw. die über 4 Jahre hier sind. Das ist ein erheblicher Batzen Geld für den Landkreis MOL, der Jahr für Jahr wächst. Deshalb macht es Sinn, dass wir gemeinsam andere Formen suchen. Wenn wir selbst zur Kasse gebeten werden, dann möchten wir auch, dass für die Leute das Bestmögliche erreicht wird. Hier ist noch eine Menge Lernprozeß anzuschließen, hier sind wir längst nicht dort, wo wir hin wollen. Wenn es uns aber gelingt, auch da ambulante (*1 Kasette/Seite B zu Ende*) Beratung anzubieten, wo Asylbewerber in Wohnungen leben und das auch noch mit den Erfahrungen, die wir mit anderen gemacht haben, wäre das ein sinnvoller Weg, natürlich auch nur mit den finanziellen Mitteln, die wir aus den Pauschalzuweisungen von unseren eigenen Mitteln haben. Solche Begleitdienste, die auch wieder in ein Netz übergehen, dass ist

der Schritt, den wir in nächster Zeit anstreben. Wir hoffen, dass die Gesetzesänderung kommt, im Blick auf die Sozialarbeiter und da könnten wir einen neuen Baustein setzen. – Danke -

Herr Sauer:

Vielen Dank Herr Böduel. Ich bitte um Verständnis nachfragen an Herrn Böduel. Dass scheint nicht der Fall zu sein, dann erlaube ich mir zwei Bemerkungen; Herr Böduel, sie haben dankenswerter Weise noch einmal auf die Situation hingewiesen, dass eben doch viele Zuwanderer wieder weggehen vom Landkreis, weil einfach wo anders mehr Arbeitsmöglichkeiten sind. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, wie das dann in das Theoriekonzept „Integration“ passen kann bzw. auch in das Wachseskonzept „Integration“, worüber wir dann gleich noch sprechen werden. Wenn wir von vorn herein wissen oder die Tendenz haben, die Person geht nach 2 Jahren in ein anderes Bundesland oder vielleicht ins Ausland, vielleicht nach Amerika oder Kanada, ist dann diese Integrationsarbeit, die man hier mit diesen Personen macht, schon ein Teil der Gesamtintegration in der westlichen Welt?

Dieses Bewußtsein sollte entsprechend geschärft werden, dass es nicht unbedingt darum geht, die Leute hier vollständig zu integrieren. Es ist also auch immer der freie Wille als Grundlage da.

Lassen sie uns übergehen zu Frau Ziese, vom Sozialpark Märkisch-Oderland. Frau Ziese ist eine dieser sogenannten landesfinanzierten Beraterinnen, die über das Land und über den Landkreis finanziert wird und die Eingliederungsberatung konkret vor Ort durchführt.

Frau Ziese:

Es gibt im Landkreis die Koordinierungs- und Beratungsstellen, mit den 2 mobilen ambulanten Sozialarbeitern. Ich möchte ihnen heute einmal unseren Tagesablauf schildern und über die Entstehung unserer ambulanten Sozialarbeit berichten und auch mit ihnen darüber diskutieren. Wir kommen beide aus der Sozialarbeit aus dem Heim Waldsiefersdorf. Das ist ein Übergangwohnheim für Spätaussiedler. Zu Beginn des Jahres 1999 existierten im Landkreis noch die zwei Spätaussiedlerheime. Mit der veränderten Landespolitik, die auch den Aufbau der ambulanten Sozialarbeit beinhaltete und die Schließung von Heimen vorgesehen hatte, wurde das Heim Waldsiefersdorf am 29. Juli 1999 geschlossen und die ambulante Sozialarbeit begann, sag ich mal im Groben vorweg, vier Wochen vorher. 187 Spätaussiedler, die in diesen Heimen ihr erstes Zuhause gefunden hatten, mußten in Wohnungen untergebracht werden. Das war zu diesem Zeitpunkt Strausberg. Hier sprach man von Ansiedlung, Ballungsgebieten, das war zu diesem Zeitpunkt auch gar nicht anders machbar. Bereitgestellter Wohnraum war nur in Strausberg vorhanden.

Ambulante Sozialarbeit – ausgebildet waren wir vom Land, wir wissen auch, was ambulante Sozialarbeit ist. Aber wie sieht die Praxis aus? Mit den Möbeln vom Heim wurden die Wohnungen zunächst ausgestattet, so dass die Spätaussiedlerfamilien eine Grundausstattung in ihren Wohnungen hatten. Der Umzug wurde innerhalb von 4 Wochen vollzogen, 187 oder 189 Personen saßen jetzt in Strausberg und mußten ambulant versorgt werden. Durch den Landkreis wurde die Koordinierungs- und Beratungsstelle in Strausberg geschaffen, die im Sozialpark Märkisch-Oderland angesiedelt wurde. In dieser Koordinierungs- und Beratungsstelle sind viele ehrenamtliche Helfer vor Ort, denn zwei ambulante Sozialarbeiter können die Stelle nicht von morgens bis abends besetzen. Wir haben sehr viele Spätaussiedler, für die wir in dieser Koordinierungs- und Beratungsstelle Hilfe zur Selbsthilfe anbieten und auch durchführen. Wir haben angestellte Sozialbetreuer, SAM- und ABM-Kräfte. So gestaltet sich die Koordinierungs- und Beratungsstelle auch als Vorreiter für die Bündelung von Vereinen, von Projekten, eben von allen, die mit der Integration beschäftigt sind.

Im gleichen Zeitraum 1999 kamen im Herbst aufgrund der Schlüsselzuweisungen 159 Personen noch nach Neuhardenberg in die dort leerstehenden Wohnungen. Zu diesem Zeitpunkt fand die ambulante Sozialarbeit im Auto statt, in Hausfluren oder auf der Straße, weil Stützpunkte erst geschaffen werden mußten, ein Vorreiter noch nicht da war, Wohnungsbaugesellschaften uns im Winter leere Wohnungen zur Verfügung stellten, die noch nicht beheizbar waren. Ambulante Sozialarbeit forderte eine echte Organisation. Sie mußte qualifiziert werden, es mußte quantitativ etwas herauskommen und somit entstanden im Landkreis mehrere Anlaufpunkte für die ambulante Sozialarbeit (Montags in Neuhardenberg, Dienstags in der AWO, gleichzeitig im Übergangwohnheim Lietzen, Mittwoch in Wriezen im Sozialamt, Donnerstag in Bad Freienwalde, wenn wir dort einen Raum bekommen und Freitag ist der Tag der geplanten Hausbesuche, Anlauf der Rentenstelle und Ausländerbehörde). Es ist ein umfangreiches Programm für zwei ambulante Sozialarbeiterinnen. Ohne gesellschaftliche Kräfte und ohne unsere ABM-Projekte, ohne die Vernetzung untereinander, wäre eine gute Sozialarbeit gar nicht machbar. Ansprechpartner zu haben, dass haben wir in den Jahren erkannt, ist das Wichtigste. Wir haben in der gesellschaftlichen Tätigkeit, die ja auch noch nach der Arbeit erfolgt, erkannt, dass wir gerade im Gemeinwesen unsere Kraft zu investieren hatten und dort auch Verbindungen geknüpft haben in neuen Ansiedlungsgebieten, das war damals in Neuhardenberg, wo anfangs leichtes Konkurrenzdenken der einzelnen Vereine vorhanden war. Wir haben gesagt, wir sind hier Vorort, wir brauchen euch, wir wollen miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Hier muß Integrationsarbeit so schnell wie möglich statt finden, bei dieser Anzahl von Menschen, die hier zu uns gekommen sind. Das hat auch ganz prima geklappt. Wir hatten vom Amtsdirektor und auch vom Amt ganz große Unterstützung, um dort wirklich auch gemeinwesenorientierte Arbeit zu leisten.

Wie sieht die tägliche Arbeit eines ambulanten Sozialarbeiters aus? - Abläufe und Zuständigkeiten – Das Kreissozialamt organisiert den vermietbaren, sozial bezahlbaren Wohnraum. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt Bad Freienwalde, Wriezen, Seelow, Strausberg, Altlandsberg, Rüdersdorf. Das erfordert mobile ambulante Sozialarbeit. In den letzten 5 Monaten hat sich das besonders heraus kristallisiert, dass an einem Tag an 3 oder 4 verschiedenen Orten Spätaussiedler in Empfang genommen werden mußten. Ohne unsere gesellschaftlichen Kräfte, die wir haben, ohne Sozialbetreuer, die auch ehrenamtlich bei uns arbeiten, wäre es gar nicht machbar gewesen, jeden Spätaussiedler an diesem Ort zu empfangen. Es ist nicht immer so, aber es ist immer dann so, wenn sich in der Landesaufnahme in Peitz noch so viele Spätaussiedler befinden und wir unseren Aufnahmeschlüssel, unsere Quote noch nicht erfüllt haben und noch Wohnraum vorhanden ist. In Peitz wird der vorhandene Wohnraum des Landkreises gemeldet, das erfolgt wöchentlich/monatlich. Der entsprechende Personenkreis wird von Peitz ausgewählt. Dort werden die notwendigen ortsbezogenen Verteilerentscheidungen und personenbezogenen Daten dem Kreissozialamt gemeldet. Auf dieser Basis erstellen wir dann als Sozialarbeiterinnen vorab eine Sozialannamnese . Unter anderem wird von uns der Erstausstattungsbedarf pro Wohnung und pro Person erfaßt und kontrolliert. Durch die Möbelkammer unseres Sozialparkes wird die Erstausstattung organisiert und vom Kreissozialamt wird sie finanziert. Da die Gelder knapp bemessen sind, ergibt sich natürlich auch eine Problematik der Erstausstattung. Wir sind neben der ambulanten Tätigkeit ständig auch unterwegs, immer mit einem Blick in die Möbelkammern. Auf dem Weg nach Bad Freienwalde fallen zwei Möbelkammern an. Blick rein: es gibt Liegen, die sind Ordnung, man kann sie verwerfen usw. Dann geht der Anruf an die Möbelkammer nach Waldsiefersdorf, sattelt eure Räder und fährt in die Möbelkammer, wir haben zurückstellen lassen Schrank, Stühle usw. Ich will damit nur sagen, die Erstausstattungen von Wohnungen wird auch von uns kontrolliert, damit wir, wenn die Spätaussiedler von uns in Empfang genommen werden, auch mit ruhigem Gewissen sagen können; Hier ist eure Wohnung, hier ist euer erstes

Zuhause. Mit unseren Mitteln, die vorhanden sind, haben wir versucht, euch die Erstausrüstung hier herein zu stellen. Nehmt es an, ihr habt Zeit euch die Wohnung in den nächsten Wochen und Monaten nach euren Bedürfnissen selbst einzurichten. Damit nehmen wir ihnen eigentlich auch die Angst, in ihr neues Zuhause. Sie sollen das Gefühl vermittelt bekommen, es ist jemand da, es wird sich gekümmert, aber ich muss auch alleine etwas dazu tun. Das wird ihnen von uns Sozialarbeitern auch vom ersten Tag an gesagt. Die Erstausrüstung in Wohnungen, das ist eine Mindestausrüstung. Sie umfasst für Spätaussiedler und für Bleibeberechtigte einen zwei- bis dreitürigen Kleiderschrank, ein Tisch, ein Stuhl pro Person, Küchenmöbel, Herd und Kühlschrank, Küchengeräte, also Messer, Gabel usw. eine Waschmaschine, eine Steppdecke, Kopfkissen, Bettzeug, Handtücher, Liege und eine Lampe. Vor Ankunft unserer Aussiedlerfamilien aus Peitz, erfolgt auch die Vororganisationen von Terminen bei den zuständigen Ämtern und Behörden, Schulen, Kita's, den Sparkassen, bei der Rentenstelle, Krankenkasse, Meldestelle, Arbeits- und Sozialämter. Mietverträge werden von uns vorbereitet. Strom wird angemeldet. Anträge und Formulare bereitgelegt. Wir empfangen unsere Spätaussiedler im Namen des Landkreises und im Namen unserer Koordinierungs- und Beratungsstelle. Wir teilen ihnen mit, dass wir ihre persönlichen Betreuer für die kommenden 12 Monate sind, dass wir ihr Ansprechpartner sind und sagen ihnen auch, wo sie uns finden können. Dann erfolgt die Übergabe des Wohnraumes, mit Mietvertrag, mit Hausordnung. Es wird erklärt, wer der Nachbar ist, wer Ansprechpartner im Haus ist, falls wir nicht vorhanden sind, an manchen Tagen. Am Tag der Ankunft werden auch die ersten kurzen Terminabsprachen getätigt, um die nächsten Tage vorzubereiten, den das erste sind die Gänge zu den Behörden und Einrichtungen, die bereits aufgezählt wurden. In den meisten Fällen haben wir 27 bis 28 Personen, die aus Peitz kommen, die dann schnellstmöglich in den nächsten zwei bis drei Tagen überall angemeldet werden müssen, um dann die weiteren sozialen Aspekte und Eingliederungsschritte bewältigen zu können. Es erfolgt auch eine Vervollständigung der Sozialanamnese, mit der Vereinbarung der konkreten nächsten Schritte, das ist die finanzielle Erstabsicherung, Eingliederungshilfe, Sozialhilfe und die Rente. Wir haben unsere Sozialarbeit in den letzten 5 Monaten noch einmal überdenken müssen. Wir haben noch nie so viele Rentner zu einem bestimmten Zeitraum zu betreuen gehabt, wie jetzt, das sind innerhalb von 4 Monaten 27 Rentner. Ich beschreibe einmal kurz, wie für uns ein sozialer Arbeitstag aussieht, wenn es ein Rententag für ist. Wir nennen ihn Freitag, den Rententag. Der Spätaussiedler ist 5 Tage in seiner Wohnung und schon kommt von der Rentenstelle der Termin. Dann habe ich z. B. einen Termin um 8.00 Uhr mit einem Rentner aus Neuhardenberg und den nächsten Termin um 11.15 Uhr mit einem Rentner aus Wriezen. Das bedeutet, um 7.00 Uhr rein ins Mobil, den Rentner abholen, mit ihm zur Rentenstelle fahren, die Rentenprobleme klären, den Rentner nach Hause bringen, zum nächsten Ort fahren und den nächsten Termin wahrnehmen. Es wird auch viel Arbeitszeit im Auto vertan. Hier können wir auch nichts abstellen, ein Spätaussiedler ist Deutscher und bekommt so seine Rententermine, wie jeder Deutsche auch. – Vielen Dank! –

Herr Sauer: Gibt es Nachfragen zum Verständnis an Frau Ziese? Ich denke, sie haben sehr viele Einzelheiten beschrieben. Man hat einen guten Eindruck bekommen, was es doch auch für Einzelarbeit an einer einzelnen Person ist, aufwendige Arbeit, womit eine Integration beginnt. Lassen Sie uns weiter kommen zum nächsten Thema. Das sind die Asylbewerber im Landkreis Märkisch-Oderland. Pfarrer Olaf Schmidt, Ausländerbeauftragter des evangelischen Kirchenkreises, wird aus seiner Sicht darüber berichten.

Herr Pfarrer Schmidt:

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung. Die Situation der Asylbewerber, d. h., dass jetzt hier schon klar ist, dass eine Eingrenzung stattfindet, nämlich, wenn von Zuwanderern die

Rede ist, dann ist in diesem Teil gemeint, wirklich der Asylbewerber oder die Asylbewerberin, die hier im LK MOL aufgrund des Zuweisungsschlüssels ankommen und hier zunächst eine Bleibe finden. Etwas über diese Asylbewerber auszusagen, kann auch nur bruchstückhaft sein. Was Asylbewerber denken, fühlen, wie sie sich hier aufgenommen oder nicht aufgenommen fühlen, das müssten eigentlich Asylbewerber an dieser Stelle selbst sagen. Hier kann eigentlich nur von Beobachtungen bzw. von Wahrnehmungen gesprochen werden, wie sich das hier konkret darstellt, was alles mit dem Wort „Asyl“ zusammen hängt. Ich denke, da muss man weit ausholen. Ein großer Teil der Asylbewerber, die hier leben, leben mit einer Duldung. Duldung, das bedeutet, dass sie hier geduldet werden. Dieses Wort „Duldung“ müsste man sich auch erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Duldung, kann das heißen, dass sie eigentlich hier nichts zu suchen haben? Das heißt, Duldung bedeutet soviel, ich laß es erst einmal zu, dass du dich hier befindest und mehr nicht. Diejenigen, die hier um Asyl bitten, sind eigentlich alles Menschen, wir sprechen ja von Immigranten und Immigrantinnen, die sich auf die Wanderschaft begeben haben. Ein Immigrant ist ein Wanderer. Das heißt, sie haben irgendwo ihre Zelte abgebrochen und machen sich auf, an einen Ort, wo sie darum bitten, hier leben zu können. Dieses hier leben zu können, damit meine ich alles, was das Leben lebenswert macht. Doch hier besteht ein Problem, den alles, was das Leben lebenswert macht, für einen Asylbewerber hier in Märkisch-Oderland, um wirklich sagen zu können, dieses Leben ist lebenswert, darin besteht ein Defizit. Dazu trägt die Gesetzeslage bei. Wenn wir hier über die Integration von Asylbewerbern sprechen, ist natürlich ein Handicap das, dass die Gesetzeslage wirklich ein bißchen schwierig ist, dass man darüber nicht glücklich sein kann. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Herr Böduel hat das schon gesagt, läßt natürlich viele Fragen offen. Wenn 25 Nationalitäten unter einem Dach leben, dann ist das eine schwierige Sache. Es ist wirklich hoch anzurechnen, dass Sozialarbeiter, die für diesen Bereich zuständig sind, daran arbeiten, dass da ein bißchen sozialer Frieden ist. Das heißt, dass hier auch eine Arbeit geleistet wird, in den Asylbewerberheimen, es ist zwar zu wenig, aber das was passiert, ist bereits eine ganze Menge. Asylbewerber kommen erst einmal in den Landkreis hinein und werden in Gemeinschaftsunterkünfte untergebracht. Ihr Asylverfahren läuft und oft ist es so, dass hier Asylbewerber leben, dessen eigentliches Asylverfahren mit der Ablehnung des Asylantrages längst beendet ist. Diese Asylbewerber werden aus den verschiedensten Gründen und Ursachen hier geduldet. Es stellt sich nun die Frage, was machen diese Leute dort in diesem Haus. Wenn ich jetzt von den Gemeinschaftsunterkünften spreche, dann ist das so eine Art Schicksalsgemeinschaft. Sie leben ein kleines externes Leben, dort in ihrem Asylbewerberheim. D. h. ein großer Kontakt zur einheimischen Bevölkerung besteht eigentlich nicht. Das liegt zum Teil auch an der Lage eines Asylbewerberheimes. Kunersdorf ist auch nicht glücklich gelegen und die Frage, inwieweit Asylbewerber, wenn wir von Integration sprechen, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, dann sind sie gehandikapt. Das geht einfach nicht. Vieles funktioniert aus rein praktischen Dingen nicht. Das andere, was gleichermaßen damit zusammen hängt und was auch sehr problematisch ist, ist z. B. auch die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen. Wir haben das Sachleistungsprinzip und da ist es nun einmal so, dass Cip-Karten oder Gutscheine ausgegeben werden, d. h., dass Asylbewerber eigentlich nie in der richtigen Situation sind, selbst über ihre Dinge zu entscheiden, was ihren Lebensstandard betrifft bzw. was überhaupt ihr Leben betrifft. Sie sind immer auf Ämter und Behörden angewiesen. Da ist eine schwierige Sache. Integration müsste eigentlich bedeuten, das Asylbewerbern, auch wenn ihr Status unklar ist, mehr Selbstbestimmung zugestanden wird, also auch mehr Grundrechte, die jeder Mensch irgendwo hat. Es wäre wünschenswert, einen Weg zu finden, um Asylbewerber aus den Heimen herauszubekommen. Das Problem ist damit natürlich nicht gelöst. Es sind viele Asylbewerber in Wohnungen untergebracht. Es gibt gute Beispiele dafür, dass gut nachbarliche Beziehungen entstanden sind zu Asylbewerbern, die in einer Wohnung

untergebracht sind, aber das ist nicht die Regel, das ist eher die Ausnahme. D.h. also, auch in diesen Wohnungen sind sie sich letztendlich ein Stück weit selbst überlassen und nun liegt es an ihrer Spitzfindigkeit, sich zurecht zu finden bzw. zurecht zu kommen oder sie bleiben in einem ausharrenden wartenden Zustand. Das ist etwas, was ich als unerträglich empfinde, Menschen, die schon sehr lange mit einer Duldung hier leben, in diesem Wartezustand zu belassen. Da sind wir wieder bei der Gesetzeslage und da liegt eben wieder das Problem. Geduldete Asylbewerber leben ständig in der Angst, wieder gehen zu müssen, d. h. sie haben Angst davor, wieder irgendwo hin zu müssen, wo sie eigentlich gar nicht mehr hin wollen. Wenn wir über Integration sprechen, dann würde ich Integration so verstehen, das ich von der Wahrnehmung von Verantwortung spreche. Integration ist Wahrnehmung von Verantwortung, die ich für einen Menschen habe, egal wo er her kommt, egal ob es ein Ausländer oder ein Deutscher ist. Integration bedeutet für mich in erster Linie auch Zuwendung zu diesen Menschen. Verantwortung wahrnehmen heißt ja auch, Interesse zu zeigen, sich um diesen Menschen zu kümmern. In jedem Dorf ist das ganz notwendig. Man sollte einem Asylbewerber zeigen, dass er nicht nur in dieser Warteposition ist, sondern dass er mit seinem menschlichen Wesen, mit seinen menschlichen Qualitäten, mit seinen Fähigkeiten auch sehr ernst genommen wird, dass er wahrgenommen wird. Da liegt noch ein großes Defizit in der Bevölkerung. Man kann natürlich sehr schnell, sagen; wie soll man einen Asylbewerber wahrnehmen, wenn er sich außerhalb des gesellschaftlichen Lebens befindet. Hier denke ich, liegt auch eine große Aufgabe bei den Netzwerken oder auch bei so einem Integrationsfachtag. Wir sollten gemeinsam nach Wegen suchen, dass ein Asylbewerber wahrgenommen wird, dass er ein Teil unserer Bevölkerung, ein Teil unserer Gesellschaft ist. - Vielen Dank! -

Herr Sauer:

Vielen Dank Herr Pfarrer Schmidt. Nun kommen wir zu den Betroffenen. Neben mir sitzt Frau Noredin, sie kommt aus dem Kulturraum der ehemaligen Sowjetunion. Frau Noredin hat den Status einer Asylbewerberin. Insoweit kann sie ein Stück weit für beide Bereiche sprechen. – Kulturraum ehemalige Sowjetunion und Asylbewerberin hier –

Frau Noredin:

Liebe Anwesende, zuerst möchte ich mich vorstellen. Ich heiße Alexandra Noredin, bin 28 Jahre alt, verheiratet und habe eine Tochter. Ich bin Ukrainerin. Meinen Mann, der aus dem Libanon stammt, lernte ich an einer Universität kennen, wo er studierte. In der Ukraine bekam ich meine Tochter, sie heißt Kathrin. Nachdem ich mein Studium beendet hatte und mein Diplom als Ökonom bekommen hatte, bin ich mit meiner Tochter zu meinem Mann in den Libanon gegangen. Dort lebte ich mit meiner Familie fast 3 Jahre. Aus persönlichen Gründen gingen wir nach Deutschland. Als wir nach Deutschland kamen, war für uns alles neu und interessant. Die Leute waren höflich und nett, aber es war für uns alles fremd. Das größte Problem für uns war, dass wir überhaupt kein Deutsch konnten. Das ist eine schwierige Lage, weil man sich immer hilflos fühlt. Man versteht nichts, man kann nichts sagen. Man hat keinen Kontakt zu den Leuten. Deswegen waren wir auch allein und sehr einsam. Zuerst lebte ich mit meiner Familie in einem Heim in Müncheberg. Es war für uns eine sehr schwierige Zeit, aber wir versuchten immer etwas zu machen, um unsere Lage zu verbessern. Ich wollte Deutsch lernen, aber in Müncheberg gab es überhaupt keine Möglichkeit dafür. Dann versuchte ich in Strausberg etwas Passendes zu finden. Schließlich konnte ich an einer Volkshochschule in Strausberg bei Frau Ölschläger Deutsch lernen. Ich war sehr froh, dass ich endlich etwas tun konnte. Zum Unterricht kam ich gern, denn dort lernte ich andere Ausländer aus verschiedenen Ländern kennen. Einmal in der Woche Deutschunterricht zu haben, das war für mich natürlich nicht genug, so dass ich Zuhause mit meinem Mann noch zu lernen versuchte. Von meiner Freundin Magdalena Niethen aus El Salvador erfuhr ich

dann vom Sozialpark. So kam ich zum Deutschkurs in den Sozialpark, wo ich unsere Lehrerin **Christina Orcken** kennengelernt habe. In unserem Kurs waren viele Leute aus Rußland, dem Sudan, Polen, El Salvador, der Ukraine, Kolumbien und aus anderen Ländern, aber die meisten Leute waren aus der ehemaligen Sowjetunion. So erfuhr ich über die Rußlanddeutschen, über die ich noch nie etwas gehört hatte. In unserem Kurs haben wir nicht nur deutsche Grammatik und deutsch am Computer gelernt, wir haben auch über deutsche Kultur und Traditionen gesprochen. Herr Seelenberg hielt Vorträge über Gesetze in Deutschland, politische Verhältnisse, Steuern, Arbeit und viele andere Themen. Das brachte uns viel, weil wir diese Dinge, die für Einheimische selbstverständlich sind, für uns Einwanderer unbekannt sind. Das war für uns alle eine sehr große Hilfe, weil wir nichts davon wußten. Manchmal haben wir zusammen gegessen, mit unserer Lehrerin, haben gebacken und gekocht und dann haben wir alle gemeinsam deutsch gesprochen.

Zwischenzeitlich konnte meine Familie endlich aus dem Heim in Müncheberg in eine Wohnung in Strausberg ziehen, weil mein Mann Arbeit fand. Später konnte ich an einem Vollzeitdeutschkurs teilnehmen. In diesem Kurs hatte ich die Möglichkeit, an Exkursionen nach Potsdam und Berlin teilzunehmen und historische Stätten und Sehenswürdigkeiten kennen zu lernen. Nun habe ich den Wunsch, noch mehr von Deutschland zu entdecken. Weil der Deutschkurs im Sozialpark stattfand, lernte ich die Mitarbeiter und die Aufgaben des Sozialparkes kennen. Ich sah, das die Chefin, Frau Neukirch sehr arrangiert und hilfsbereit war und ich sah auch, dass die Aufgaben des Sozialparkes sehr vielfältig sind. Ich möchte nur ein paar Aufgaben nennen, mit denen ich selbst zu tun habe, weil ich für 80 Leute hier beschäftigt bin, z. B. Briefe schreiben, mit Ämtern telefonieren, Probleme mit der Wohnungsverwaltung klären, Möbel besorgen und vieles andere. Auch ich bekomme Hilfe und kann schon Anderen helfen. An den Schultagen kommen die Kinder zum Sozialpark und machen ihre Hausaufgaben, unter Anleitung von Lehrern. Es gibt auch Zeichenunterricht, zu dem meine Tochter auch gern kommt. Ich selbst helfe bei Mathematik und leichten Deutschaufgaben. So lerne ich selbst weiter. In den Sozialpark kommen viele Leute mit verschiedenen Problemen, die sie allein nicht lösen können. Die Mitarbeiter vom Sozialpark helfen immer. Die Leute wissen, dass sie im Sozialpark immer willkommen sind und Hilfe bekommen. Zum Schluß möchte ich mich ganz herzlich bei meinen Lehrerinnen Frau Okat und Frau Neukirch sowie dem ganzen Team der Mitarbeiter des Sozialparkes bedanken, dass sie mich so gut aufgenommen und meiner Familie viel geholfen haben. Ich weiß, dass noch viele andere Leute dem Sozialpark dankbar sind. Ich möchte nur dazu sagen, dass ich oft von der Integration der Ausländer in Deutschland höre und kann sagen, dass ich persönlich hier im Sozialpark zu den Leuten gefunden habe und meine Integration hier angefangen hat. Für mich persönlich ist es wichtig, dass ich meine Ängste und Unsicherheiten überwunden habe und den Alltag in Deutschland selbst bewältigen kann. Ich muss jeden Tag etwas tun, um das zu erhalten. Mein größter Wunsch ist es, Arbeit zu finden. Der Sozialpark bemüht sich zur Zeit um ein Frauenprojekt, in dem ich möglicherweise einen Platz finde und so meine Integration fortsetzen kann. - Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit –

(Frau Noredin erhält Beifall)

Herr Sauer:

Vielen Dank Frau Noredin. Es war ja ein langer Vortrag, aber nun ist die Spannung zu Ende. Gibt es Nachfragen an Frau Noredin?

Es folgt eine kurze Puplicumsrunde: Wortmeldungen, ganz allgemein, was ist ihnen aufgefallen?

1. Wortmeldung:

Dieses Bild, was sich jetzt für mich abzeichnet, sieht so aus, als ob es eine recht gute Arbeit in der Integration der Aussiedler gibt. 1445, die Zahl wurde genannt, die Situation der

Flüchtlinge, die ich selbst auch ein bißchen kennengelernt habe, scheint sehr schwierig zu sein, aufgrund der Gesetze und aufgrund der starken Ausgrenzung durch die räumliche Situation. Was mir völlig undeutlich bleibt, ist die Zahl der ungefähr 3100 anderen ausländischen Mitbewohner. Wie setzt sich denn die Zahl der Anderen zusammen? Wer sind sie, wo wohnen sie? Ich weiß das einige türkische Menschen hier in Seelow leben, 10 Prozent polnische Mitbürger, da wüßte ich gern mehr darüber, was sind das für Menschen, wie leben sie hier?

Frau Huhn:

Ich hatte gesagt, wir haben ca. 1500 Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen. Ein Teil dieser Familienangehörigen sind Ausländer, das ist schon mal die eine Zahl. Die anderen 3000 setzen sich zusammen aus Familienangehörigen, also das Ehen zwischen deutschen und polnischen Bürgern bestehen, die teilweise schon über viele Jahre hier leben. Hier in MOL leben erstaunlich viele polnische Bürger, wo man das gar nicht mehr weiß, man erkennt es vielleicht noch ein wenig an der Sprache, aber bei vielen auch gar nicht mehr. Dann haben wir die sogenannten Werkvertragsarbeitnehmer, die für eine gewisse Zeit hier in Brandenburg und auch in Märkisch-Oderland leben. Das ist auch eine Gruppe, die als Ausländer gezählt wird und dann haben wir noch die EU-Ausländer, die ohne Beschränkung hier leben dürfen. Ich habe es ja bereits gesagt, diese Gruppe der Ausländer ist keine homogene Menschengruppe.

Herr Sauer:

Ich glaube die Dame (1. Wortmeldung) hat etwas vermißt, eine Aussage, wie geht man mit den Leuten um, was geschieht da für eine Arbeit? Meine Meinung, wenn ich die mal so einbringen darf, wenn kein Bedarf notwendig ist, weil sie mit einem einheimischen Partner verheiratet sind, dann muss man auch nicht unbedingt einen Begleitungs- oder Integrationsdienst anbieten. Offensichtlich ist es hier im Landkreis nicht so, dass sie einen besonderen Betreuungsbedarf haben. Kann man das so sagen?

Frau Huhn:

Das ist richtig.

2. Wortmeldung:

Ich habe eine Frage an Herrn Böduel. Ich wollte sie fragen, was tun sie für den Deutschunterricht in den Asylbewerberheimen? Das haben sie aber inzwischen selbst beantwortet und zwar: ich habe es aufgeschrieben: keine Möglichkeit, da nicht pflichtig, - umgekehrt - da es keine Pflicht ist, gibt es auch keine Möglichkeiten! Ich kann diese Logik nicht verstehen! Die nächste Frage: Haben sie mal pensionierte Lehrer gefragt? Das wäre eine Möglichkeit. Es gibt inzwischen schon einige Leute, die unentgeltlich natürlich, Deutschunterricht erteilen.

Herr Böduel:

Der Umkehrschluß, den sie getan haben, den wollte ich so nicht gesagt haben. Ich meinte, es gibt für Asylbewerber kein Rechtsanspruch auf Deutschunterricht, deshalb kann das Fachamt ihn nicht finanzieren. Da gibt es keine Gelder für. Dennoch haben wir über Netzwerke natürlich Angebote geschaffen und das ist dann die Frage und Kreativität der Vereine. Wir haben vom Sozialpark gehört, da gibt es so etwas. Wir waren eine der wenigen Landkreise, die Kosovo-Flüchtlinge hatten. Wir hatten dort die Chance und haben ehrenamtlich über die Karita's, für die die wollten, Deutschunterricht angeboten, weil wir gesagt haben, wenn sie nach einem Jahr in ihre Heimat zurückgehen, nehmen sie wenigstens deutsche Sprache und etwas Kulturkenntnisse mit. Ich bin Verwaltung und kann nur anstoßen. Ich kann nur sagen,

wir suchen bei unseren Trägern und Partnern Initiativen, so etwas anzubieten, auch für Asylbewerber. Aber ich kann auch gleich deutlich sagen, eine Erwartung, dass dies der Landkreis oder die Verwaltung finanziert, ist nicht möglich. Das muß aus anderen Finanzquellen organisiert werden, so ehrlich muß ich als Kostenträger sein. Ich kann nur ermutigen, kann fordern, kann aber selbst leider nichts bezahlen, als Verwaltung. Das ist immer eine schwierige Rolle, in der ich da bin.

3. Wortmeldung:

Was mir in der Diskussion und an den Beiträgen etwas mißfiel, war, das der Schwerpunkt wieder so sehr auf die Integration der Ausländer oder der Zuwanderer fixiert war. Nur Herr Schmidt sprach eigentlich über den Begriff der Menschenwürde und der Aufnahme auch von Seiten der hier einheimischen Bevölkerung. Ich würde gerne mehr Gewichtung auf diese Frage legen wollen. Wenn man sieht oder hört, welche Erfahrungen manche Menschen hier im Landkreis machen, wenn sie zur Ausländerbehörde gehen. Man kann sich nicht verständigen, weil die Sprachkenntnisse fehlen, wenn man großes Glück hat, kann man sich etwas in englisch verständigen. Wir haben selber mit ausländischen Gästen verheerende Erfahrungen gemacht. Für den, der hier herkommt ist die erste Erfahrung mit Einheimischen so negativ belastet, das ich denke, dass da mehr getan werden muß. Da hätte ich die Frage an die Vertreter des Landkreises: Was kann getan werden oder was können wir gemeinsam tun, in Punkt auf Schulung oder auch Auswertung von solchen Zwischenfällen? Ich glaube der Sozialpark wäre auch interessiert an Gesprächen zu diesem Thema, so dass wir da mehr Professionalität herein bekommen.

Herr Böduel:

Ich werde mich hüten, hier große Dinge über die Ausländerbehörde zu sagen, aber rein formal gesagt, ist die Amtssprache „deutsch“. Wie, wenn wir in andere Länder kommen, die Amtssprache englisch oder anders ist. Das ist das formale. Dennoch müssen wir überlegen, wie wir eine vernünftige Kommunikation erreichen können. Im Bereich der Asylbewerber haben wir das über die Dolmetscher organisiert, die dann in die Heime kommen, wenn eigene Kenntnisse der Sozialarbeiter nicht vorhanden sind. Natürlich ist es auch gut, wenn Verwaltungsmitarbeiter die englische Sprache beherrschen, das wird sich auch in Zukunft verbessern, je mehr jüngere Mitarbeiter in die Verwaltung kommen. Das ist unsere Erfahrung. Die Mitarbeiter, die schon länger in der Verwaltung sind, beherrschen leider kein englisch, da Englisch zu DDR-Zeiten kein Unterrichtspflichtfach war, da gibt es natürlich schon Probleme. Wir haben aber im Sozialpark jemanden, der die Spätaussiedlersprache beherrscht und über die Vereine kann man das organisieren, wenn man Gäste bekommt oder bestimmte Gruppen zu betreuen hat und weiß, wie die Behörden sind. Sie sind Behörde und auch Bürokratie, da muss man eben schauen, was man im Vorfeld organisieren kann, damit Kommunikation möglich ist, dort wo ich eben Mitarbeiter sitzen habe, die nicht die Vielfalt der Sprachen beherrschen. Das geht nur miteinander. Ich sitze oft in Runden und höre mir an, das Sozialamt würde nicht richtig beraten, geben schlechte Auskünfte und überhaupt ist die Verwaltung unfreundlich. Dann bitte ich immer darum, nennen sie mir Roß und Reiter, nur an der Stelle können wir auch arbeiten, an uns selbst und mit den Mitarbeitern, um eine Dienstleistung anzubieten, die bürgerfreundlich ist. Die allgemeinen Dinge helfen da nicht weiter und dann kann man auch im Einzelfall etwas ändern.

Herr Sauer:

Sie haben jetzt ein Thema angefangen, da könnte man noch lange drüber diskutieren, wie Antragsteller in der Behörde behandelt werden, aber aufgrund der Zeit werden wir das jetzt nicht ausdiskutieren sondern ich möchte die Teilnehmer am Podium auffordern, insoweit auch Roß und Reiter zu nennen, in dem jeder Teilnehmer auch ein Wunsch hat, wie sich die

Integrationsarbeit im LK MOL entwickeln sollte. Ein Schwerpunkt - das wäre das eine und die zweite Frage wäre: wie ist nach ihrer Ansicht der erste Schritt dahin, um dies zu erreichen?

Wir gehen der Reihe nach und beginnen mit Pfarrer Schmidt.

Pfarrer Schmidt:

Es wäre wünschenswert, zu einem Konsens zu kommen, auf die Frage hin, wann beginnt eigentlich die Integration? Da haben wir ein echtes Problem und zwar, und ich spreche da wieder für die Asylbewerber, wenn man hier einen Asylantrag stellt, dann ist es ja noch nicht klar, ob diesem Antrag statt gegeben wird und er Asyl erhält oder ob er abgelehnt wird, und der Asylbewerber wieder zurück muss. Das bedeutet, dass man in diesem Abschnitt seines Lebens über Integration gar nicht groß nachdenken kann. Man weiß ja gar nicht ob er bleibt oder nicht und ob er damit ein Teil unserer Gesellschaft wird und damit auch integriert ist. Ich würde gerne dahingehend reden, dass, egal auf welche Art und Weise der eine oder andere in dieses Land kommt, wie er die Grenze überschreitet, beginnt eigentlich auch für mich ein Stück Integration. D. h. von dem Moment an ist der Eine oder Andere hier verantwortlich in seiner Funktion für diesen Menschen. Und, er hat einen Grund, warum er gekommen ist, er kommt nicht einfach so, aus guter Laune oder aus Spaß, sondern er hat einen Grund und das ein Stück weit ernst zu nehmen, da beginnt für mich ein Stück Integration. Darüber ein Konsens zu finden, das wäre mein Wunsch, das ich darüber auch mal reden würde.

Herr Sauer:

Vielen Dank, Herr Pfarrer Schmidt.

Frau Huhn, was wäre ihr erster Wunsch und wie kommen wir dort hin, wie ist der erste Schritt dabei?

Frau Huhn

Mein Wunsch wäre, das die Menschen einfach ihr Herz öffnen und versuchen, den Anderen auch zu verstehen. Dann hätten wir vielleicht auch weniger Probleme in den Behörden oder mit den Ausländern, mit den Immigrantinnen und mit den Immigranten. Einfach einmal schauen, wenn ich ins Ausland fahre, bin ich dort auch Ausländer, wie werde ich dort aufgenommen? Bin ich dort willkommen? Und genauso sollte man es mit den Menschen machen, die hier zu uns kommen.

Als nächstes möchte ich bemerken, weil sie gefragt haben, wie kommen wir dort hin; Ich glaube wir haben in Märkisch-Oderland in den letzten Jahren viel geschaffen, an Netzwerken, an Projekten und Initiativen. Es kommt darauf an, diese Netzwerke, und ich denke hier ganz besonders an das Netzwerk für Toleranz und Integration, auf Dauer einrichten zu können. Wir wissen alle, dass das sehr kompliziert ist, aber es ist so eine Vision, das Ansprechpartner da sind, die bestimmte Dinge in die Hand nehmen und koordinieren, wo viele gemeinsam dort in diesen Netzwerken tätig sind, mit allem was wir an Möglichkeiten in Märkisch-Oderland haben.

Herr Böduel:

Ich habe viele Wünsche, wenn ich mir die soziale Lage der Bürger in Landkreis ansehe. Aber konkret für diesen Tag wünsche ich mir, dass alle die, die heute hier sitzen und die vielen Vereine und Netzwerke, diese enorme Chance des Ehrenamtes noch weiter einbringen und noch mehr kommunizieren untereinander. Ich glaube, das vieles, was an Begegnungsmöglichkeit, an Verständnis schon angegangen wurde, auf diesem Weg noch verbessert werden kann. Ich bin immer erstaunt, dass manches mit wenig Geld auch gut funktioniert, wenn das Konzept, die Verabredung und das offene Herz, das Arrangement dahinter steht. Ich glaube, das wäre für uns eine gute Sache und ich wünsche mir, das alle die

auch für uns als Verwaltung Partner werden und Partner bleiben, in der gemeinsamen Aufgabe. Egal, welche unterschiedlichen Voraussetzungen jeder hat.

Herr Sauer:

Frau Noredin, es geht nicht um die Situation der Betroffenen in erster Linie, sondern es geht darum, was soll sich im Landkreis ändern, damit die Integration besser klappt und wie können wir dort hin kommen?

Frau Noredin:

Meiner Meinung nach wäre es gut, wenn alle Ausländer, egal ob Asylbewerber oder Aussiedler mehr Möglichkeiten zum Deutsch lernen hätten.

Herr Sauer:

Frau Ziese, was muss sich hier im Landkreis ändern und was ist der erste Schritt dazu?

Frau Ziese:

Ich möchte mich den Worten von Frau Huhn und Herr Böduel anschließen. Als ambulante Sozialarbeiter wünschen wir uns eine noch engere Verflechtung mit allen uns Zugetanen in der Integrationsarbeit, allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften. Ich wünsche mir eine enge Zusammenarbeit und Aufbau von gemeinwesenorientierte Arbeit. Ich wünsche mir das die Landkreisvernetzung und die örtlichen Vernetzungen noch enger kooperieren. Ich möchte all denen danken, die uns bis zum heutigen Tage in unserer Arbeit Hilfe und Unterstützung gegeben haben.

Herr Sauer:

Ich möchte zum Schluß eine ganz kurze Zusammenfassung machen. Mir ist aufgefallen, dass wir vorher mehr über die Zuwanderergruppen gesprochen haben, aber jetzt, innerhalb dieser Podiumsdiskussion ist es doch eher um das Aufnehmen des Umfeldes gegangen. Das Aufnehmen der Gemeinwesen als Partner der Integration generell und dass die verschiedenen Institutionen des aufnehmenden Gemeinwesens, seien es Behörden, seien es Nichtregierungsorganisationen, seien es aber auch die Netzwerke, dass sie eine große Rolle bei der Integrationsarbeit spielen. Dazu ist sehr viel Kommunikation notwendig. Zur Kommunikation gehört insbesondere auch die deutsche Sprache, dann, wenn die Betroffenen teil nehmen. Ich denke, ohne die Betroffenen kann es nicht gehen. Es sind gewisse Grundlagen im Landkreis geschaffen, es gilt eigentlich nur, diese Grundlagen noch besser zu koordinieren und diese weiterzuentwickeln. In diesem Sinne darf ich mich bedanken für ihre Aufmerksamkeit, für die Beiträge der Teilnehmer auf dem Podium.

Guido Hennig:

Ich möchte mich auch noch einmal recht herzlich bedanken bei den Podiumsteilnehmern.